

Die deutschen Getreidezölle

H. 261/262

[Z. 33, 5/6]

Von

Dr. Georg Hohmann.

BERLIN SW 48

Verlag von Leonhard Simion Nf.

1911.

Die deutschen Getreidezölle

von

Dr. Georg Heilmann



BRUNNEN

Verlag von Friedrich Vieweg & Sohn

1891

Inhalt.

| | Seite |
|---|-------|
| Vorwort | 5 |
| Vom Freihandel zum Schutzzoll | 9 |
| Die Bismarckschen Getreidezölle | 11 |
| Die Zeit Capravis | 16 |
| Der Zolltarif von 1902 | 18 |
| Wer trägt den Zoll? | 21 |
| Wem nützen die hohen Preise? | 23 |
| Die Getreidezölle und die Reichsfinanzen | 32 |
| Die Belastung der Konsumenten | 35 |
| Soziale Wirkungen | 38 |
| Zölle und Wehrkraft | 39 |
| Zölle und Löhne | 41 |
| Kann die deutsche Landwirtschaft das deutsche Volk allein ernähren? | 42 |
| Die Not der Landwirtschaft | 48 |
| Anhang 2 Tabellen | 58 |

Vorwort.

In die kommende Reichstagsperiode fällt die Neuregelung der deutschen Zoll- und Handelspolitik. Die nachteiligen Wirkungen der bestehenden fühlt heute jeder, der nicht am Getreideverkauf als Großgrundbesitzer oder nicht an der schweren Industrie interessiert ist, an seinem Geldbeutel. Er fühlt sie um so mehr, je weniger er imstande ist, sich durch eine der eingetretenen Teuerung entsprechende Steigerung seiner Einnahmen schadlos zu halten für das, was ihm und den Seinen an Lebensgenuß genommen oder vorenthalten wird. Vor allem also der mit festem Gehalt Angestellte, der Beamte und der Lohnarbeiter jedweden Erwerbszweiges. Selbst der Bauer, dessen angebliche Interessen zur Begründung der agrarischen Forderungen herhalten mußten, fühlt angesichts der Verteuerung, welche die Futtermittel und damit seinen Haupterwerbszweig, die Viehzucht, getroffen hat, die Unwahrheit der Argumente, mittels deren man ihn als Vorspann für das Interesse des Großgrundbesitzes benutzt hat. Angesichts dieses allgemeinen Unbehagens wird es denn auch dem Bunde der Landwirte unbehaglich, und bereits rüstet er, um mit dem abgebrauchten Schlagwort des „Schutzes der nationalen Arbeit“ aufs neue diejenigen zu betören, die ihm das Fortbestehen der geltenden Zölle und vielleicht sogar ihre weitere Erhöhung sichern sollen.

Nun soll nicht bestritten werden, daß die zurzeit bestehende Teuerung sich nicht bloß in Deutschland findet, sondern eine allgemeine ist, und, soweit dies der Fall ist, nicht in Zollver-

hältnissen, sondern in veränderten Geld- und Kreditverhältnissen ihre Ursache hat. Aber eben, weil schon ohne die Zölle eine allgemeine Steigerung der Preise stattgefunden hat, wirkt die weitere Steigerung derselben um den vollen Betrag der Zölle über den Weltmarktpreis um so drückender für die deutsche Bevölkerung. Eine Umkehr von dieser Hochschutzzollpolitik ist deshalb nötig. Wenn ich von Umkehr rede, denke ich aber selbstverständlich nicht an eine plötzliche Beseitigung der bestehenden Zölle. Denn das eben ist das Verhängnis der Zölle, daß sie künstliche Wertsteigerungen hervorrufen. Beseitigt man nun die Zölle, die Ursache dieser Wertsteigerungen, plötzlich wieder, so kommt es zu großen Entwertungen bestehender Vermögen. Die dann unausbleiblichen Katastrophen müssen selbstverständlich verhindert werden.

Andererseits aber führen die Agrarzölle zu Wertsteigerungen, die mit Notwendigkeit zu der Forderung weiterer Zollerhöhung veranlassen. Bestreitet doch selbst der wissenschaftliche Berater des Bundes der Landwirte Dr. R u h l a n d auch heute nicht, daß Getreidezölle die Mittel zur Behebung einer Not der Landwirte, wo von einer solchen gesprochen werden kann, nicht sein können, daß sie nichts sind als eine Schraube ohne Ende und daher auf die Dauer unvereinbar mit dem Volkswohl.

Eben deshalb wird in der folgenden Schrift auch nicht die plötzliche Beseitigung, sondern nur eine allmähliche Herabsetzung der Getreidezölle gefordert, um der Landwirtschaft Gelegenheit und Zeit zur Anpassung an die veränderten Verhältnisse zu geben. Aber trotzdem die Wirkungen der Zölle sich heute einem Jeden empfindlich bemerkbar machen, gibt es noch viele, die sich völlig unklar sind über die Ursachen des Übelstandes, unter dem sie leiden. Daher stehen selbst noch viele Gebildete den Zollfragen gleichgültig gegenüber oder, in Unklarheit versetzt durch die gewissenlose Propa-

ganda der Interessenten, unterstützen sie sogar die bestehende Zollpolitik aus einer an sich lobenswerten Gesinnung heraus.

Ihnen besonders sei das vorliegende Schriftchen gewidmet. Es ist geschrieben auf Grund der wissenschaftlichen Arbeiten von L u j o B r e n t a n o: Die deutschen Getreidezölle (2. Auflage 1911), B r u n o H e i n r i c h R o n c a d o r: Wesen und Wirkung der Agrarzölle (1911) und W a l t e r R o t h k e g e l: Die Kaufpreise für ländliche Besitzungen im Königreiche Preußen 1895—1906 (1910) und einer Anzahl anderer Autoren.

Möge es eine weite Verbreitung finden und seine Leser veranlassen, den darin angeregten Fragen tiefer nachzugehen und sich ein wohlbegründetes Urteil zu bilden.

Dr. G e o r g H o h m a n n (München).

Oktober 1911.

Vom Freihandel zum Schutzzoll.

Das 19. Jahrhundert sah die Umwandlung Deutschlands von einem überwiegenden Agrarland zum überwiegenden Industriestaat. 1816 waren noch $\frac{3}{4}$ der Bevölkerung des heutigen deutschen Reichsgebietes in der Landwirtschaft beschäftigt, 18,6 Millionen von 24,8 Millionen Bevölkerung. Im Jahre 1907 lebten wenig mehr als ein Viertel, nämlich 16,9 Millionen von der Landwirtschaft, bei einer Gesamtbevölkerung von 61,7 Millionen. Obwohl im Laufe des 19. Jahrhunderts sowohl die bebaute Ackerfläche als auch der Ernteertrag pro Hektar außerordentlich wuchs, genügte die Getreideproduktion immer weniger der steigenden Nachfrage. Das ehemalige Getreideexportland wurde immer mehr zum Importland; schon seit 1852 betrug seine Roggeneinfuhr mehr als die Ausfuhr; seit 1876 überstieg auch die Weizeneinfuhr die Weizenausfuhr.

Dieser Umschwung veränderte auch die handelspolitische Stellung der deutschen Landwirte vollständig. Solange sie exportierten, bis 1876, waren sie Freihändler, Bismarck ebenso, wie die heutigen Führer der süddeutschen Agrarier.

In den 50er Jahren erklärte die „Kreuzzeitung“ die Handelsfreiheit sogar als eine Konsequenz der christlichen Religion und im Plane der göttlichen Weltordnung begründet, während der Schutzzoll ein menschliches Machwerk sei, ein Götzenbild, welches die Menge bezahle und die Priester dann unter sich verteilten; Hungerseuchen, Zunahme der Verbrechen, Staatsbankerotte erzählten, was dieser Götze leiste. Im Laufe

der Zeit legte man sich allerdings die göttliche Weltordnung, den inzwischen veränderten Interessen entsprechend, umgekehrt zurecht. —

Der Zollverein hatte nur sehr niedrige Getreidezölle erhoben, die er 1865 sogar ganz fallen ließ. Den Anfang der Rückkehr zum Schutzzoll machte die Industrie, die nach dem Krach von 1873 laut nach Zöllen rief, um die Preise auf dem heimischen Markte zu erhöhen. Noch waren die Landwirte Gegner der Schutzzölle. Da trat Amerika als ernsthafter Konkurrent in Getreide auf dem Weltmarkte auf, nachdem infolge der amerikanischen Industriekrisis die arbeitslosen Industriearbeiter massenhaft nach dem Westen gezogen waren, um jungfräuliches Land in Anbau zu nehmen, unterstützt durch eine großzügige Verkehrspolitik, billige Frachten usw. Das gleiche geschah in Rußland und Indien, die ebenfalls mit Getreide auf dem Weltmarkte erschienen. Die Folge der jetzt eintretenden Einfuhr nach Europa war ein Sinken des Getreidepreises auf den europäischen Märkten; die deutsche Getreideausfuhr hörte auf; es fand sogar eine steigende Getreideeinfuhr nach Deutschland statt. Viele Landwirte wurden bankerott, nämlich alle, welche nach dem deutsch-französischen Kriege zu teuer gekauft hatten und jetzt die hohen Zinsbeträge bei den sinkenden Preisen nicht mehr aufbringen konnten. Jetzt wurden die deutschen Landwirte aus Freihändlern plötzlich Schutzzöllner, um sich den heimischen Markt zu sichern. Bismarck, der damals eine neue parlamentarische Mehrheit suchte, kam ihren Wünschen aus politischen Erwägungen entgegen. Auf Grundlage des Schutzzolles kam ein Bund zwischen Industriellen und Agrariern zustande; die einen bewilligten den anderen die von ihnen begehrten Zölle, damit diese ihnen ihre Zölle bewilligten, und auch zwischen diesen kartellierten Interessenten und der Regierung fand ein Bündnis auf gleicher Grundlage statt. Der Reichskanzler konnte

verlangen, was er wollte, die Reichstagsmehrheit bewilligte es um der wirtschaftlichen Vorteile willen, die ihr dafür zuteil wurden.

Die Bismarckschen Getreidezölle.

Der Zolltarif von 1879 brachte mäßige Getreidezölle, eine Mark pro 100 kg Weizen und Roggen. Angesichts des weiteren Sinkens der Frachtkosten im Ausland nützte dieser Zoll nichts — die Preise sanken.

Obwohl Bismarck einige Jahre zuvor zur Beschwichtigung von Bedenken gesagt hatte, daß „auch der verrückteste Agrarier nie an einen Getreidezoll von 3 Mark denken werde“, wurden 1885 bereits die Zollsätze verdreifacht. Allein immer neue Getreideländer des Auslandes wurden erschlossen, ausgezeichnete Ernten fanden im In- und Auslande statt, und unaufhaltsam sanken die Frachtkosten im Seeverkehr. Die Getreidepreise gingen weiter herunter. Im Jahre 1887 kam eine neue Erhöhung der Zölle auf 5 Mk.

Nun erfolgte ein Rückschlag. Die Getreideausfuhrländer, die Vereinigten Staaten, Rußland und Österreich-Ungarn griffen zu Gegenmaßnahmen.

Die Zölle vermochten die Einfuhr von Getreide nicht aufzuhalten. Denn mit der zunehmenden Industrieentwicklung Deutschlands ging ein in der deutschen Geschichte unerhörtes Anwachsen der Bevölkerung einher, eine Vermehrung von 1 % im Jahre, 1900 sogar 1,5 %, 1905 1,46 %, 1910 1,36 %. Hunderttausende, die sonst auswanderten, fanden in der Industrie Beschäftigung und blieben dem Lande erhalten. Während 1816 die Bevölkerung 24,8 Millionen betrug, wuchs sie auf 56 Millionen im Jahre 1900 und auf 64,7 Millionen im Jahre 1910.

Die Industrieentwicklung veränderte und steigerte auch außerordentlich die Bedürfnisse des Menschen.

Die äußeren Lebensbedingungen, unter denen der Feldarbeiter lebt und arbeitet, sind grundverschieden von denen des städtischen Fabrikarbeiters, der im engen Raume intensiv an der Maschine schafft. Deshalb veränderte sich vor allem auch die Zusammensetzung der täglichen Nahrung der Bevölkerung ganz erheblich.

Einmal verzehrte die städtische Bevölkerung mehr und mehr anstatt Roggenbrot das schmackhaftere Weizenbrot, und ferner stieg der Fleischverbrauch des Volkes ganz bedeutend. Während z. B. in überwiegend landwirtschaftlichen Gegenden, wie Niederbayern, 1907 auf den Kopf der Bevölkerung 37,64 kg Fleisch kamen, zeigte Mittelfranken mit überwiegender Industriebevölkerung 57,58 kg Fleischverbrauch pro Kopf.

Der wirtschaftliche Charakter der deutschen Bevölkerung hatte sich eben völlig verändert:

1816 bei 24,8 Millionen Bevölkerung 18,6 Millionen Landwirtschaft,

1882: 18 704 038 Menschen, die von der Landwirtschaft lebten, gegenüber 26 518 095 Nichtlandwirten,

1895 waren es nur noch 17 815 187 Landwirte und

1907: 16 920 671 Landwirte inmitten der anderen Erwerbsklassen des Volkes.

Aus den 6,2 Millionen Nichtlandwirten des Jahres 1816 waren 1895 33,9 Millionen und 1907 44,8 Millionen geworden.

Diese Änderungen in der Zahl und dem wirtschaftlichen Charakter der Bevölkerung erklären es zur Genüge, weshalb die Einfuhr von Getreide auch durch die 5 Mark-Zölle nicht gehindert werden konnte. Das wachsende Volk brauchte Brot und Futtermittel und die heimische Landwirtschaft konnte ihren Bedarf nicht mehr allein decken. Infolge der Ausdehnung der Städte, der Bahn- und Straßenbauten, infolge von Aufforstungen, Ausdehnung von Gemeinde- und

Staatswäldungen und Ansiedlung gewerblicher Unternehmungen, vor allem aber infolge des Wachstums der Bevölkerung nahm die landwirtschaftlich benutzte Fläche pro Kopf immer mehr ab. Nach der Anbaustatistik kamen auf den Kopf der Bevölkerung von der landwirtschaftlich benutzten Fläche im Jahre 1878 noch 0,83 ha, 1883 0,77 ha, 1893 0,69 ha, 1900 0,62 ha und nach den genaueren Berechnungen der Betriebszählungen fielen im Jahre 1895 0,62 ha und 1907 nur 0,51 ha, im Jahre 1910 gar nur 0,49 ha auf den Kopf der Bevölkerung.

Zwar nimmt das Getreideland innerhalb der landwirtschaftlich benutzten Fläche absolut zu, jedoch erfährt es pro Kopf der Bevölkerung eine stetige Abnahme, um 0,204 a im Durchschnitt der Jahre 1878/1883 und um 0,336 a im Durchschnitt der Jahre 1900/1909.

Allerdings stiegen die Durchschnittserträge pro Flächeneinheit in den letzten 3 Jahrzehnten ganz erheblich, vor allem durch die Entwicklung der Technik und besonders der landwirtschaftlichen Chemie, die künstliche Düngstoffe zu immer billigeren Preisen lieferte. Allein man würde sehr fehl gehen, wenn man diese unleugbaren Fortschritte der landwirtschaftlichen Kultur den Agrarzöllen zuschreiben wollte. Die Getreidepreise sind ja von 1876—1905 trotz aller Zölle gesunken und niedrig geblieben. Auch zeigt ein Blick auf das zollfreie Dänemark, wie dort die Ernteerträge in gleichem Maße gestiegen sind, wie bei uns.

So wurde jährlich geerntet pro Hektar Doppelzentner von

| | Weizen | | Roggen | | Gerste | | Hafer | |
|--------------------|--------|-------|--------|-------|--------|-------|-------|-------|
| | 81/85 | 01/05 | 81/85 | 01/05 | 81/85 | 01/05 | 81/85 | 01/05 |
| in Deutschland . . | 14,5 | 18,4 | 11,6 | 15,6 | 15,3 | 18,4 | 13,2 | 16,9 |
| in Dänemark . . | 21,8 | 29,6 | 16,1 | 17,1 | 15,6 | 19,10 | 13,4 | 15,6 |

Also nicht die hohen Preise der sechziger und siebziger Jahre brachten diesen Fortschritt hervor, sondern die sinken-

den Preise waren offenbar der Ansporn zur Verbesserung der Bodenkultur und Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik. Wenn hier eingewendet werden sollte, daß die Landwirtschaft nicht in der Lage sei, viel Geld für Verbesserungen der Betriebe aufzuwenden, so sei daran erinnert, daß nicht immer zur Erzielung solcher Mehrerträge die Aufwendung erheblicher Mehrkosten notwendig ist. Entwässerungskosten trugen zum großen Teil die Landeskultur-Rentenanstalten, teils Staatszuschüsse. Ferner wurden die künstlichen Düngemittel allmählich ganz erheblich verbilligt. Die Phosphorsäure kostet heute etwa ein Drittel des Preises vor 30 Jahren, und durch die Thomaschlacke, die bei der Entphosphorung des Eisens gewonnen wird, sank die Phosphorsäure noch mehr im Preise, sodaß sie in der Zeit von 1880—1897 um 45—48 % verbilligt wurde. Die Kalisalze, ehemals sehr kostbar, sanken in den letzten 30 Jahren um 41 % im Preise, ihre Verwendung stieg deshalb von 77 Doppelzentner auf 100 ha im Jahre 1890 auf 439 Doppelzentner im Jahre 1903. Der Stickstoff, früher nur im Chilisalpeter enthalten, sank als industrielles Abfallprodukt als schwefelsaurer Ammoniak um 58 % im Preise. Allerdings stieg der Geldlohn der ländlichen Arbeiter in dieser Zeit, gleichzeitig aber auch die Produktivität der Arbeit. Teils durch Steigerung der persönlichen Arbeitsleistung, teils durch Verbilligung der Arbeit durch zweckmäßigere Arbeitsteilung, Ersparnis von menschlichen Arbeitskräften durch Maschinen und tierische Arbeitskräfte. Verrichteten doch im Jahre 1907 nur mehr 7 109 168 in der Landwirtschaft tätige Arbeiter die Arbeit, welche 1882 von 9 721 456 Arbeitern geleistet worden war.

Auch die Kapitalbeschaffung wurde erleichtert durch Verbilligung des hypothekarischen Zinsfußes, der auf $3\frac{1}{2}$ % herabging, während die landwirtschaftlichen Genossenschaften auch Personalkredit zu billigem Zinse gewährten. Was die ländlichen Genossenschaften durch Beschaffung künstlichen

Düngers für ihre Mitglieder, Benützung von Maschinen, Anschaffung von Vieh und Betriebsinventar zu billigen Kosten und Verwertung der Produkte zu guten Preisen geleistet haben, ist bekannt. Kostenersparnisse wurden ferner durch Zusammenlegung von Grundstücken und Feldwegregulierung erzielt; die Werterhöhung allein durch die bayrische Flurbereinigung in der Zeit 1886 bis 1909 wird auf $12\frac{1}{2}$ Millionen Mark beziffert.

Es stiegen die Erträge von Roggen zwischen 1882 und 1909 um 55 %, von Weizen um 35 %, Gerste 24 % und Hafer um 38,5 %. Die Bevölkerung aber wuchs in dieser Zeit um 39,7 % und gleichzeitig stiegen ihre Bedürfnisse. Die Getreidefläche aber sehen wir in dieser Zeit um 7,49 a pro Kopf der Bevölkerung abnehmen. Darum mußte trotz der Zölle ein großer Bruchteil unseres Getreidebedarfes nach wie vor aus dem Auslande bezogen werden, zwar nicht für alle Arten Getreide gleichmäßig.

Der Bedarf wurde vom Inland gedeckt 1909/10 in Roggen zu 100 %, in Weizen zu 61,9 %, in Spelz zu 100 %, in Gerste zu 54,7 % und Hafer zu 100 %. Vom Ausland wurde bezogen Weizen 38,1 % des Bedarfes, Gerste 45,3 %.

Also wird nur der Roggen- und Haferbedarf heute auf deutschem Boden erzeugt, der Weizen zu ungefähr einem Drittel und die Gerste in noch größerem Maße aus dem Ausland bezogen. Die deutsche Landwirtschaft kann also den heutigen Bedarf des Volkes an Nahrungsmitteln nicht mehr decken, außer man kehrte wieder zum überwiegenden Agrarstaat zurück. Wie aber in diesem die 64,7 Millionen des heutigen Deutschland leben sollen, ist ein Rätsel, das uns die Hochschutzzöllner erst noch lösen sollen.

Die schon erwähnten von Rußland, Österreich-Ungarn und den Vereinigten Staaten gegen die deutsche Zollpolitik und die Erhöhung der deutschen Getreidezölle auf 5 Mk. ergriffenen Repressalien fielen mit schlechten Ernten zusammen. Als Folge einerseits Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne, anderseits steigende Brotpreise. Die Getreidepreise stiegen 1891 der Roggen auf 211,2, der Weizen auf 224,2 Mk. die Tonne auf dem Berliner Markte, d. h. auf die Höhe der Preise von 1871—1875.

Die Zeit Caprivis.

Da erfolgte beim Abschluß neuer Handelsverträge durch den Reichskanzler Grafen von Caprivi eine Herabsetzung der Zölle von 5 auf 3,50 Mark pro Doppelzentner, die der Kaiser als „rettende Tat“ und der Zentrumsführer Lieber als „Großtat der neuen Ära“ begrüßte.

Die Wirkung der Herabsetzung aber erfuhr eine erhebliche Einschränkung durch die 1894 erfolgte *Aufhebung des Identitätsnachweises*. Im Osten und Nordosten Deutschlands hatten die Bismarckschen Getreidezölle zur Zeit des Identitätsnachweises den Getreidepreis nicht um den vollen Zollbetrag steigern können, während dies im Süden und Westen durchaus eintrat. Die Ursache war die Bestimmung, daß derjenige, der eingeführtes Getreide wieder ausführen wollte, den Zoll nur dann zurückerstattet erhielt, wenn er den Nachweis erbrachte, daß das auszuführende Getreide mit dem eingeführten identisch sei. Das gelang nur selten, weil das eingeführte Getreide meist mit heimischem gemischt wurde, um dieses marktfähig zu machen. War nun Getreide über den Bedarf eingeführt worden, so war infolge des bei seiner Einfuhr bezahlten Zolls seine Wiederausfuhr nur mit Verlust möglich; als Folge sank der Inlandpreis unter den Satz, den er unter Zuschlag des Zolls nach dem Stande

der Weltmarktpreise hätte betragen müssen. Nur in den schlechten Erntejahren 1890, 1891, 1892 stieg auch im Nordosten der Preis fast ganz um die Zollhöhe über den Weltmarktpreis. Die Aufhebung des Identitätsnachweises hatte die Wirkung, daß erst jetzt auch auf den Märkten des Nordens und Nordostens der Zoll im Inlandpreis ganz zum Ausdruck kam. Das Gesetz vom 27. April 1894, das den Identitätsnachweis aufhob, tat aber noch mehr. Es bestimmte nämlich nicht bloß, daß die bei Ausfuhr von Getreide zu erteilenden Einfuhrscheine bei der Zollzahlung für eingeführtes Getreide angerechnet werden sollten, sie sollten auch bei der Zollzahlung für eingeführten Kaffee und Petroleum Verwendung finden können. Ursprünglich war Rickert für das System der Einfuhrscheine im Interesse des Getreidehandels der Ostseestädte eingetreten, die unter der durch die Getreidezölle unterbundenen Ausfuhr litten. Später zogen die Agrarier von dieser Einrichtung reichlichen Vorteil. Die Bestimmung, daß die Einfuhrscheine auch für Kaffee und Petroleum Verwendung finden konnten, schuf für sie eine Nachfrage seitens der Importeure von Kaffee und Petroleum. Wer solche Waren einführen will, sucht Einfuhrscheine zu kaufen. Die Nachfrage hält ihren Preis hoch, und dies muß wie eine Getreideausfuhrprämie wirken.

Sinkt nämlich der Inlandpreis unter den Satz, der sich aus der Hinzurechnung des Zolls zum Weltmarktpreis ergibt, so macht der Getreidehändler, wenn er Getreide ausführt, Gewinn, er erhält im Ausland den Weltmarktpreis und außerdem bei der Ausfuhr einen Einfuhrschein im Werte des Zolls, der bei Einfuhr auf der von ihm ausgeführten Gattung und Menge Getreide liegt. Diesen Schein verkauft er an diejenigen, welche Kaffee oder Petroleum einführen wollen. Er wird mit der Ausfuhr von Getreide solange fortfahren, bis der Preis auf dem Inlandmarkt infolge seiner Ausfuhr so hoch

gestiegen ist, daß die Ausfuhr nicht mehr Gewinn bringt, d. h. bis der Inlandpreis dem Weltmarktpreis unter Hinzurechnung des Zolls entspricht. Die Beseitigung des Identitätsnachweises bedeutete also die Einführung einer Prämie für die Ausfuhr von Getreide mit der Tendenz den Inlandpreis um den vollen Zollbetrag zu steigern. Das ist auch im großen und ganzen so eingetreten. Die Aufhebung des Identitätsnachweises hatte die Wirkung, daß die Inlandpreise bei Roggen und Weizen unter dem Caprivischen 3,50 Mk.-Zoll tatsächlich höher über dem Weltmarktpreis standen, als beim alten 5 Mk.-Zoll. Aber die wenigsten verstanden dies; die meisten sahen nur die Herabsetzung des Zolles von 5 Mk. auf 3,50 Mk.; und der größte Agitator Deutschlands nach Martin Luther und Friedrich List, Fürst Bismarck, nahm diese Parole in die Hand, um Rache an seinem Nachfolger zu nehmen. Es entstand der Bund der Landwirte, von Bismarck unterstützt. Caprivi fiel.

Der Zolltarif von 1902.

Es entbrannte jetzt im ganzen deutschen Lande die rücksichtsloseste Agitation des Bundes der Landwirte für Wiedererhöhung der Getreidezölle. Sie war erfolgreich. Am 25. Dezember 1902 erhielt das deutsche Volk zum Weihnachtsgeschenk das unter Vergewaltigung der Geschäftsordnung vom Reichstag beschlossene Zolltarifgesetz, das einen Mindestzoll für Weizen von 5,50 Mk., Roggen von 5 Mk., Malzgerste von 4 Mk., Futtergerste von 1,50 Mk. und Hafer von 5 Mk. vom 1. März 1906 ab einfuhrte. Die Mehrheitspartei des Reichstags, das Zentrum, sah sich genötigt, zur Beruhigung der über die drohende Zollbelastung murrenden katholischen Arbeiter etwas zu tun und setzte den § 15 des Zollgesetzes durch, nach welchem die Mehrerträge der erhöhten Zölle auf Weizen, Roggen, Rindvieh, Schafe, Schweine, Schweinespeck, Mehl über die Erträge

der Jahre 1898 bis 1903 hinaus zur Einführung einer Witwen- und Waisenversicherung verwendet werden sollten. Bestenfalls sollten 100 Millionen jährlich für diesen Zweck verwendet werden, wogegen sich die Arbeiter die Verteuerung ihres Lebensunterhalts durch die Zölle um etwa eine Milliarde Mark (bei Roggen und Weizen allein betrug 1908 die Verteuerung für die Bevölkerung 605 750 020 Mk.!) gefallen lassen sollten. Der Erfolg hat gezeigt, daß das Zentrum die Unfähigkeit der ihm anhängenden Arbeiter zu rechnen richtig eingeschätzt hat. Aber infolge der Steigerung der Zölle und der Aufhebung des Identitätsnachweises stieg die Ausfuhr von Roggen und Hafer und damit die Ausfuhrprämie so sehr, daß Mehrerträge der Lebensmittelzölle zur Begründung einer Witwen- und Waisenversorgung nur unzureichend, in einzelnen Jahren gar nicht zur Verfügung standen. Alle Versprechungen, durch welche das Zentrum seine Anhänger wegen der durch die Zollerhöhungen verursachten Erschwerung des Lebens zu trösten versucht hatte, wurden also zu schanden.

Die Wirkung der Zollerhöhung war eine weitere Verteuerung der Lebensmittel. Durch eine Mißernte in Rußland 1907 und einen Rückgang der Welternte von Weizen in den Jahren 1907/08, den Corner des Chicagoer Weizenkönigs Patten und Veränderungen in den Geld- und Kreditverhältnissen stieg der Weltmarktpreis. In Deutschland waren befriedigende Ernteerträge gewesen. Bei den steigenden Weltmarktpreisen und der erhöhten Ausfuhrprämie führte Deutschland sogar wieder Getreide aus, ja in Roggen betrug die Ausfuhr 1908/09 mehr wie die Einfuhr. Durch die Ausfuhrprämie stieg trotz der guten deutschen Ernten der Inlandpreis ebenso wie in den Ländern mit schlechter Ernte. Die deutschen Roggen- und Weizenpreise erhöhten sich um den vollen Betrag des Zolles über die

gestiegenen Weltmarktpreise; sie standen und stehen wieder so hoch, wie zur Zeit der höchsten Getreidepreise im 19. Jahrhundert, wie in den 50er und im Anfang der 70er Jahre. Am 9. September 1911 kostete nach den Preisfeststellungen des Deutschen Landwirtschaftsrates eine Tonne Weizen

| | | |
|----------------------|--------|------|
| in Berlin | 211,50 | Mark |
| - New York | 153,80 | - |
| - Chicago | 143,00 | - |
| - Liverpool. | 166,20 | - |
| - Paris | 206,40 | - |
| - Budapest | 202,40 | - |
| - Odessa | 163,40 | - |

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Qualität des Weizens in Paris und Budapest, sowie an anderen Plätzen, besser ist als in Berlin, so daß in Wirklichkeit die Preisdifferenz zwischen Berlin und den anderen Plätzen des Weltmarkts noch viel größer ist. Auch ist zu beachten, daß Frankreich einen höheren Weizenzoll hat als Deutschland, daß aber trotzdem der Weizenpreis in Paris niedriger ist als in Berlin. Der Grund ist: Frankreich hat keine Ausfuhrprämien für Getreide.

Noch toller zeigen sich die Wirkungen der letzteren angesichts der Tatsache, daß ungeachtet unserer glänzenden diesjährigen Roggenernte die Preise für Roggen im September d. J. enorm gestiegen sind. Infolge unserer Ausfuhrprämie und billiger Exporttarife verschleudern wir den deutschen Roggen nach Dänemark und Finnland als Schweinefutter, während wir selbst im Inland Not leiden. Nach den Mitteilungen eines Getreidehändlers wurde im September in Deutschland an der deutsch-russischen Grenze derselbe Roggen mit 175 Mk. pro Tonne bezahlt, den der Russe vom deutschen Händler für 125 Mk. kauft. Der Russe ist also in der Lage, den deutschen

Roggen als Schweinefutter zu verwenden, während er für viele Gegenden Deutschlands als Brotstoff schon zu teuer ist. Ja wir liefern sogar dem Russen unseren Brotstoff billiger, als uns der Russe das Viehfutter. Russische Gerste kostete, nach dem Berliner Tageblatt vom 12. September 1911, zu dieser Zeit an der Grenze 135 Mk., also 10 Mk. mehr als unser deutscher Roggen. Für Kleie, also das Abfallprodukt, zahlen wir 140 Mk., d. h. 15 Mk. pro Tonne mehr, als der Russe für unseren Brotstoff.

Das ist im kurzen die Geschichte vom Freihandel bis zum Bülow'schen Zolltarif, vermöge dessen wir der russischen, dänischen, skandinavischen, holländischen und englischen Bevölkerung die Lebenshaltung um fast ein Drittel verbilligen, während uns durch dieses Verschleudern an das Ausland die zur Verfügung stehende Menge an Nahrungsmitteln verringert wird.

Wer trägt den Zoll?

Die größte Rolle unter den Einwänden von agrarischer Seite gegenüber den Gegnern hoher Getreidezölle spielte bisher immer das Bismarcksche Wort: Das Ausland trägt den Zoll: Ein Wort, das Bismarck als Fechtargument prägte, als er seinen Zolltarif durchsetzen wollte und das heute noch getreulich von den Agitatoren des Bundes der Landwirte landauf, landab nachgesagt wird. Schon eine Frage dürfte genügen, diesen Einwand zu beseitigen: Weshalb ersehnt man denn überhaupt die Zölle so leidenschaftlich, wenn sie nicht den Zweck verfolgen sollen, die Inlandpreise um ihren Betrag zu erhöhen? Es ist ja nichts Neues, daß es bisweilen Umstände geben kann, die einen Einfuhrzoll teilweise oder ganz vom Auslande tragen lassen. Deutschlands Erfahrungen mit den Getreidezöllen sind aber andere. Zunächst sinkt wohl der Weltmarktpreis etwas, weil das ausländische Getreide sich auf dem Weltmarkt staut. Das geschah bisher aber stets nur ganz vorübergehend. Auch der Roggenzoll wurde von dem an Deutschland ver-

schuldeten Rußland vorübergehend dadurch teilweise getragen, daß der russische Staat seine Eisenbahnfrachttarife herabsetzte und auch der russische Bauer seinen Roggen unter dem Druck des Steuererhebers dem Getreidehändler billiger geben mußte. Im Süden Deutschlands kamen die Bismarckschen Zölle von Anfang an ganz zur Geltung, während dies in den ostelbischen Provinzen Preußens, wie schon bemerkt, vor Aufhebung des Identitätsnachweises nicht vollständig der Fall war.

Auch bei der Gerste war der Inlandpreis unter den Bismarckschen Zöllen stets um den ganzen Zollbetrag höher als der Weltmarktpreis, vor allem, weil die deutsche Brauindustrie und die deutschen Viehzüchter die ausländische Gerste nicht entbehren können.

Bei Hafer stieg der Preis sogar noch höher als der Zollbetrag infolge des großen Haferbedarfs der Armee. —

Den Getreidezoll haben wir also fast vollständig getragen. Das hindert allerdings die bündlerische Agitation nicht, unentwegt weiter zu behaupten, den Zoll trägt das Ausland. Deshalb sei hier daran erinnert, daß auch Dr. R u h l a n d, der Gelehrte des Bundes der Landwirte, 1887 erklärte¹⁾: „Die Regel wird also sein, daß der Importeur auswärts den vollen Kurs zahlt und im Inland diesen mit dem Zollaufschlag fordert.“ Und Freiherr von C e t t o, der bekannte Führer der bayrischen Agrarier, machte am 5. März 1895 im Deutschen Landwirtschaftsrat²⁾ folgendes interessante Geständnis: „Es hat eine Zeit gegeben, in der man nicht den Mut hatte, offen zu sagen, daß die Getreidepreise verteuert werden sollen. Es ist nicht lange

1) R u h l a n d, Zeitschrift des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern 1887. S. 619.

2) Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrates 1895, S. 155.

her, daß man auf Umwegen dem Publikum begreiflich zu machen suchte, daß durch die Einführung höherer Zölle das einheimische Getreide eigentlich gar nicht sonderlich verteuert würde, daß die Lebensmittel ihren gleichen Preis nach wie vor behalten.“ Wir sind begierig, ob man in Zukunft ebenso offen sein wird.

Wem nützen die hohen Preise?

Leider besitzen wir für das Deutsche Reich keine amtliche Untersuchung über diese Frage. Nur in Baden sind Erhebungen über den Verkauf von Brotfrucht in den einzelnen Gemeinden aus freien Stücken durch die Oberamtmänner im Jahre 1902 vorgenommen worden. Es ist aber klar, daß direkte Vorteile von den Zöllen nur die Landwirte haben können, die auch Getreide zu verkaufen haben.

Welche waren das?

In Bayern führte 1883 im Landwirtschaftlichen Verein der 2. Vorsitzende aus, daß die Landwirte in der Pfalz, Unter- und Oberfranken und die Mehrzahl derselben in Mittelfranken und Oberpfalz Getreide zukaufen mußten. Prinz Ludwig fügte hinzu, dasselbe gälte auch für die südlichen Teile Oberbayerns und Schwabens, in denen die Viehzucht überwiege. Und bei der Vorbereitung des späteren Bülow'schen Zolltarifes hat der bayerische Waldbauernbund 1901 an die bayerische Staatsregierung eine Eingabe gerichtet, in der er betont, daß im weitaus größten Teil der für Getreidebau geeigneten Gegenden Deutschlands die „selbstschaffenden Landwirte, d. h. die wirklichen Bauern, wenigstens die Hälfte ihres Einkommens aus der Viehhaltung und aus tierischen Erzeugnissen zögen. In den äußeren Gebirgs- und Waldgegenden Süd- und

Mitteldeutschlands sinkt der Beitragsanteil des Getreides zum bäuerlichen Gesamteinkommen gegenüber der Viehhaltung auf ein Minimum, in vielen Gegenden auf Null herab. Von den Bauern des bayerischen Hochgebirges erzeugen nur die in den besten Lagen begüterten zirka ein Drittel des Bedarfes an solchem, bzw. Mehl. Fast den ganzen bedeutenden Bedarf für das Vieh müssen sie kaufen. Ähnlich — in verschiedenen Abstufungen liegen die Verhältnisse in der Mehrzahl der deutschen Gebirgsländer —, auf einem großen Teil der schwäbisch-bayerischen Hochebene, ja selbst in weit ausgedehnten Distrikten der norddeutschen Tiefebene den gar kein oder nur wenig Getreide produzierenden Landwirten aber legen schon die vorgeschlagenen Tarifzölle für Getreide-, Mehl- und Futtermittel — ohne irgend welche Garantie für Schutz ihrer Produkte und für dauernde Berücksichtigung ihrer eigenen Produktionsverhältnisse — unerschwingliche Opfer auf. Einheitliche Zollsätze von 6 Mk. per Doppelzentner für Roggen, Gerste, Weizen und Hafer, d. h. bei Roggen und Hafer beinahe das doppelte, bei Gerste das dreifache des bisherigen Vertragszolles, oder gar von 7,50 Mk. pro Doppelzentner, wie der Bund der Landwirte will, müßten ohne dauernd gesicherte Äquivalente durch entsprechende Viehzölle und förderliche Einfuhrordnung unfehlbar zu rascher Verarmung und binnen kurzem zu völligem Ruine der betroffenen Bevölkerungsgruppen führen. Die bayerischen Gebirgs- und Waldbauern werden bei solcher Gestaltung der Dinge unter erhöhten Getreide-, Mehl- und Futterpreisen schwerer zu leiden haben, als die Industriearbeiter in den Städten.“ — So der bayerische Waldbauernbund. —

Sehr lehrreich ist auch die Schrift eines christlich-sozialen österreichischen Abgeordneten, des Reichsritters v o n P a n t z :

„Die Hochschutzzollpolitik Hohenblums und der österreichische Bauernstand. Wien 1910.“ Pantz weist nach, daß 90—95 % des österreichischen Bauernstandes durchaus kein Interesse an hohen Getreidepreisen haben, vielmehr durch hohe Getreidepreise in ihrer Viehzucht erheblich geschädigt werden. Die österreichische Statistik zeigt auch, daß hohe Getreidepreise niedrige Viehpreise nach sich ziehen, besonders, wenn die Heuernte schwach ausfällt, weil der Bauer gezwungen wird, sein Vieh um jeden Preis loszuschlagen. Selbst in eigentlichen Getreidegegenden, wie Niederösterreich, fließt die Haupteinkommensquelle der bäuerlichen Wirtschaft aus der Viehzucht.

Für Württemberg sagt Marquard¹⁾ auf Grund seiner Berechnungen: „Wirklich greifbare Vorteile von höheren Zöllen haben nur die Güter mit über 50 ha Besitz“, d. h. 0,19 % sämtlicher Betriebe. — In Baden haben nach Ruhlant (1884)²⁾ nicht mehr als 2 % der landwirtschaftlichen Betriebe ein Interesse an den Getreidezöllen. Nach der Erhebung der badischen Oberamtmänner³⁾ 1902 haben kein Interesse an Zöllen 14,6 % der Bevölkerung, ein geringes Interesse 7,9 %, ein mäßiges Interesse 6,2 %, ein erhebliches 0,6 % und direkten Nachteil von ihnen erwarten 70,7 % aller Familien des Landes. In diesem Lande mit durchgehendem Kleingrundbesitz, mit günstigem Klima und Boden, in welchem 50,8 % aller Familien Brotfrucht bauen, erzeugen doch nur 28,7 % von ihnen ihren Jahresbedarf an Brotfrucht. Erst bei einer Betriebsfläche von 5 ha etwa beginnt der Verkauf von Brotfrucht.

¹⁾ Marquard, Württemberg und der Brotgetreidezoll. Stuttgart 1902.

²⁾ Zeitschrift des Landwirtschaftlichen Vereins für Bayern 1884, S. 438.

³⁾ Nach Moritz Hecht: Die bayrische Landwirtschaft am Ausgang des XX. Jahrhunderts. Karlsruhe 1903.

Auch die Provinz Hannover ist weit mehr an der Viehwirtschaft interessiert als am Getreidebau. Nach einer Enquete des früheren nationalliberalen Parteisekretärs Flathmann¹⁾ hatte die überwiegende Anzahl der befragten Landwirte kein Interesse für Getreidezölle, lehnte sie vielfach direkt ab und nur gelegentlich wurde eine Erhöhung der Viehzölle verlangt. Dasselbe gilt für die Bauern in Pommern²⁾. Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe stellte in seiner Reichstagsrede vom 25. März 1895 fest, daß im ganzen Reich nur 21 % der landwirtschaftlichen Bevölkerung an hohen Getreidezöllen interessiert seien. Nach einer Privatarbeit von Rudolf König³⁾ sollen im Großherzogtum Hessen von 28 501 kleinbäuerlichen Betrieben 16 809 Betriebe von 2—5 ha Getreide über den eigenen Bedarf erzeugt haben. Allerdings in so geringfügigen Mengen, daß es fraglich ist, ob der Nutzen durch den erhöhten Getreidepreis durch andere Mehrausgaben infolge der allgemeinen Zollerhöhung nicht mehr als aufgewogen wird.

Aus allen diesen Zeugnissen geht deutlich hervor, daß der Schwerpunkt der Interessen des eigentlichen Bauerntums längst nicht mehr im Getreidebau liegt, sondern in der Viehzucht begründet ist und in ihr gute Aussicht auf steigende Einnahmen hat. Ganz anders ist der Großgrundbesitz am Getreidebau interessiert. Das zeigen auch die neueren Untersuchungen Roncadors⁴⁾, des Sohnes eines preußischen Rittergutsbesitzers: Die Betriebe unter 2 ha erzeugen meist nicht

¹⁾ Flathmann, Die Landbevölkerung der Provinz Hannover und die Agrarzölle. (Berlin 1902 bei Alex. Duncker.)

²⁾ W. Rubow, Die hinterpommersche Landgemeinde Schwessin, die Lage ihrer Landwirte und ihr Interesse an den Getreidezöllen. (Berlin 1903.)

³⁾ Rudolf König, Statist. Mitteilungen aus 62 kleinbäuerlichen Betrieben über Erzeugung, Verbrauch, Verkauf und Zukauf von Getreide (Gießener Doktordissertation. Jena 1901.)

⁴⁾ Bruno Heinrich Roncador, Wesen und Wirkung der Agrarzölle. (Jena, Gustav Fischer 1911.)

das Maß von Brotgetreide, das für die Familie zur Ernährung notwendig ist, sie sind gezwungen, zuzukaufen. Nach der Betriebszählung 1907 sind dies 2 585 217 Betriebe mit Ackerland. Die größeren Betriebe von 2—5 ha = 985 613 Betriebe erzeugen wohl einige Doppelzentner Getreide mehr, als die Familie zum Lebensunterhalt braucht, sie verfüttern aber meist rationellerweise diesen kleinen Überschuß in der Viehwirtschaft. Ihr Geldgewinn durch erhöhten Getreidepreis ist also bestenfalls ein ganz geringer und wird durch die allgemeine Teuerung des lückenlosen Zolltarifes mehr wie aufgehoben. Auch bei den mittleren bäuerlichen Betrieben von 5—20 ha (Anzahl 1 050 696 Betriebe) ist die Menge des verkäuflichen Getreides verhältnismäßig gering, weil außer der Familie noch mehrere Arbeitskräfte als Brotesser in Betracht kommen, sie beträgt im Durchschnitt bei einer Ernte von 45,3 Doppelzentnern etwa 30 Doppelzentner. (Normalgetreidebedarf einer Familie etwa 10 Doppelzentner). Bei dieser Betriebsgröße beginnt aber schon ein direkter Vorteil von den Zöllen. Ganz erheblich jedoch steigt der Nutzen durch die Brotgetreidezölle bei den höheren Betriebsklassen 20—100 ha (Zahl 259 475 Betriebe) und mehr als 100 ha Fläche = 23 262 Betriebe, beim großen Grundbesitz.

Auch das Interesse an den Zöllen auf Futtergetreide ist sehr geteilt, geringer beim Bauern, größer beim Großgrundbesitzer. Und man versteht deshalb auch, warum sich die führenden agrarischen Kreise jeder Herabsetzung auch der Futtermittelzölle, die im Interesse der Viehwirtschaft und der Fleischversorgung des Volkes gelegen wäre, aufs heftigste widersetzen. Der Bauer verkauft die Futtergerste nur in sehr geringen Mengen; er verbraucht sie meist in der eigenen Wirtschaft. Für den Verkauf kommt eigentlich nur der Hafer in Betracht. Wenn man das Durchschnittsquantum an Hafer, mit dem der Bauer das Pferd füttert, auf

18,25 Doppelzentner pro Jahr und Pferd ansetzt und den Durchschnittsertrag des Hafers pro ha auf 19,16 Doppelzentner, so beträgt der Überschuß des verkäuflichen Hafers bei den 2 585 716 Parzellenbetrieben unter 2 ha mit 116 666 ha Hafer und 71 369 Pferden pro Betrieb nicht ganz ein Drittel Doppelzentner, bei den 985 613 kleinbäuerlichen Betrieben von 2—5 ha mit 371 046 ha Hafer und 241 636 Pferden pro Betrieb rund $2\frac{1}{2}$ Doppelzentner, bei den 1 050 696 mittelbäuerlichen Betrieben von 5—20 ha mit 1 473 212 ha Hafer und 1 323 290 Pferden pro Betrieb rund $2\frac{3}{4}$ Doppelzentner, bei den 259 475 großbäuerlichen Betrieben von 20—100 ha mit 1 384 181 ha Hafer und 1 202 176 Pferden pro Betrieb rund 13,4 Doppelzentner, bei den 23 262 Großbetrieben über 100 ha mit 865 713 ha Hafer und 652 536 Pferden pro Betrieb rund 175,6 Doppelzentner.

Den Hauptnutzen von den Zöllen hat also auch hier nur der Großgrundbesitz.

Der Schwerpunkt der Bareinnahmen einer mittleren Bauernwirtschaft liegt heute schon in der Viehzucht. Das zeigt auch deutlich eine Untersuchung L. Rudloffs¹⁾ über die Wirtschaftsergebnisse eines mittleren Bauernhofes im hessischen Bergland in den Jahren 1888—1909. Der Betrieb ist 31,15 ha groß, also ein ansehnlicher Bauernbetrieb und typisch für die meisten mittleren und großen Bauernhöfe des hessischen Berglandes. Im Durchschnitt der letzten 22 Jahre flossen mehr als die Hälfte aller Bareinnahmen (55,29 %) aus dem Verkauf von Vieh und Viehprodukten, während nur 31,15 % der Bareinnahmen aus Getreideverkauf, 13,56 % aus sonstigen Einnahmen bestanden.

¹⁾ Rudloff, Schmollers Jahrbuch XXXV, Seite 251 ff.

Nach der Betriebszählung von 1907 gab es 4 384 786 Betriebe bis zu 5 ha; rechnet man dazu die 17 982 Betriebe über 5 ha, welche kein Ackerland haben, so sind es 4 402 768 Betriebe von 5 736 082 im ganzen = 76,75 %. Von diesen 76,75 % aller Landwirtschaftsbetriebe kann man also sagen, daß sie meist gezwungen sind, Getreide zuzukaufen. Nur 23,35 % der deutschen Landwirtschaftsbetriebe sind deshalb an hohen Getreidepreisen interessiert, am meisten unter ihnen der ostelbische Grundbesitz.

Von jeher ist ein deutliches Erkennungszeichen für die Wirkung der Getreidezölle die Steigerung der Bodenpreise gewesen, auf die wir im übrigen später noch kommen werden. Sehr interessant ist es nun zu sehen, wie Rothkegel¹⁾ dargestellt hat, daß seit der letzten Zollerhöhung eine erhebliche Bodenpreissteigerung eingetreten ist, wie wir sie ja vorausgesagt haben. Die Bodenpreissteigerung unter der Wirkung des Bülow'schen Zolltarifs 1901/03 bis 1907/09 übertrifft die Bodenpreissteigerung der vorangegangenen Periode 1895/97 bis 1901/03, die unter den Caprivischen Zöllen verlief, beinahe um das doppelte. Ganz besonders aber fällt die Bodenpreissteigerung dem großen Grundbesitz zu.

Das zeigen folgende Ziffern: 1895/97 bis 1901/03 stiegen die Bodenpreise bei Landgütern um 17 %, bei Stückländereien um 10 %. 1901/03 bis 1907/09 stiegen die Bodenpreise bei Landgütern um 33 %, bei Stückländereien um 21 %.

Die Steigerung des Bodenpreises war also in der zweiten Zeitperiode größer als in der ersten, und zwar bei den Grundstücken unter 2 ha um 12 %, von 2—5 ha um 11 %, von

¹⁾ W. Rothkegel, Die Bewegung der Kaufpreise für ländliche Besitzungen und die Entwicklung der Getreidepreise im Königreich Preußen von 1895 bis 1909. (Vgl. Beilage Nr. 1 im Anhang.)

5—20 ha um 13 %, von 20—100 ha um 23 %, von 100—500 ha um 36 %, von 500 ha und mehr um 34 %.

Die vermehrte Steigerung bei den Besitzungen unter 20 ha ist also nicht sehr bedeutend = 11 bis 13 %, sie steigt zwischen 20 und 100 ha auf 23 % und beträgt bei 100 bis 500 und mehr ha 34 bis 36 %.

Je größer die Getreidefläche und damit der Getreideverkauf des Betriebes ist, um so höher steigt der Preis und auch die Beleihungsfähigkeit des Bodens. Eine wertvolle Bestätigung unserer Anschauung, daß Getreidezollpolitik Großgrundbesitzerpolitik ist.¹⁾

An dieser Tatsache ändern auch die Stimmen nichts, die ein indirektes Interesse der nicht Getreide verkaufenden Bauern an den Getreidezöllen dartun wollen. Da gibt es einige, die da sagen, daß steigende Getreidepreise steigende Viehpreise im Gefolge hätten usw. Selbst wenn die Bewegung der Viehpreise nicht von mehr Faktoren als vom Preise des Getreides abhinge, würde dabei übersehen, daß eben die Teuerung des Getreides dem Viehzüchter das Futtermittel verteuert um einen Betrag, der höher als die Steigerung des Viehpreises ist, und zweitens sieht man sehr oft, daß steigende Getreidepreise sinkende Viehpreise im Gefolge haben. Das ist teils die Folge davon, daß, je teurer das Brot ist, um so geringer die Zahlungsfähigkeit der Bevölkerung für animalische Nahrungsmittel wird, teils davon, daß der Bauer infolge hoher Futtermittelpreise, namentlich bei schlechter Heuernte, vielfach gezwungen ist, sein Vieh um jeden Preis zu verkaufen. Auch jene Meinung ist irrig, welche von einer Ermäßigung der Getreidezölle die Wirkung

¹⁾ So schon der heutige wissenschaftliche Beirat des Bundes der Landwirte, Dr. G. R u h l a n d in der Wißschen Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft, 84. Band, 1884, und in der Zeitschrift des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern, 1884, S. 438.

befürchtet, daß sich größere Kreise der Getreideproduzenten dann der Viehzucht zuwenden und den Viehzüchtern schwere Konkurrenz machen würden. Denn einmal genügt, wie später noch betont wird, die heimische Viehproduktion keineswegs dem Bedarf des Volkes und zweitens wird unser wachsendes Volk in immer steigendem Maße am Fleischverbrauch teilnehmen, sodaß nur eine bedeutende Ausdehnung unserer Viehzucht imstande sein wird, in absehbarer Zeit uns genügend mit Fleisch zu versehen.

Der Nachteil der Getreidezölle für diese Schichten ist also offensichtlich und wird auch von diesen Kreisen selbst richtig erkannt. Das beweist die schon erwähnte Eingabe des bayerischen Waldbauernbundes; das zeigen deutlich die Reden des christlich-sozialen Abgeordneten Ferdinand Reichsritter von Pantz¹⁾ im österreichischen Hause der Abgeordneten am 30. November 1910 und 27. Juli 1911 und in der Gegenwart wieder die stürmischen Klagen vieler deutscher Bauern über die hohen Futtermittelpreise. Hat doch selbst die Vorstandschaft der christlichen Bauernorganisation jüngst unter dem Vorsitze des Dr. Georg Heim die Suspendierung der Maiszölle verlangt. Und auch die Teuerungsdebatte des bayr. Landtages Anfang Oktober dieses Jahres brachte manches wertvolle Zugeständnis der Schutzzöllner über die nachteiligen Wirkungen der Getreidezollpolitik. Dr. Heim erwärmte sich nicht bloß für vorübergehende Einfuhr gefrorenen argentinischen Fleisches und für Rückvergütung des Maiszolles an die Konsumenten, sondern trat auch für eine „Korrigierung des Futtergerstenzolles“ in der Weise ein, daß die Einfuhr geschroteter Gerste zollfrei bleiben solle. Zur Begründung dieses Vorschlages eignete er sich völlig die Gründe der Zollgegner an, daß durch

¹⁾ Vergl. auch Ferdinand Reichsritter von Pantz, Die Frage der Agrarzölle in der kommenden handelspolitischen Ära. Vortrag gehalten im Niederösterreichischen Gewerbeverein am 17. März 1911. Wien 1911.

die Verteuerung der Futtermittel die Produktionskosten der Fleischproduzenten sich ungebührlich erhöhen müssen. Auch der Bauernbündler Abg. Dirr gab zu, daß unter den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen die Landwirte nicht an den hohen Schutzzöllen festhalten dürften. Die Phalanx der extremen Zöllner ist also schon durchbrochen.

Die Getreidezölle und die Reichsfinanzen.

Der Umschwung in der Zollpolitik im Jahre 1877 hatte seine erste Ursache darin, daß die Reichseinnahmen im Gefolge der Krisis von 1873 zurückgegangen waren. Um die Mehrheit zu erhalten, welche ihm neue Steuern bewilligte, schuf Fürst Bismarck damals, wie schon dargelegt, das Bündnis zwischen Agrariern und Industriellen auf Grundlage des Schutzzolls. Was waren die Folgen der von ihm eingeführten Getreidezölle?

Da trotz derselben Getreide fortdauernd eingeführt wurde, wuchsen die Zolleinnahmen des Reichs; immerhin war das Maximalerträgnis der Bismarckschen Getreidezölle nicht höher als 111,4 Millionen Mark im Jahre 1890. Erst unter Caprivi, als die Bevölkerung um 10 Millionen Seelen gestiegen war, im Jahre 1896 wurde das Erträgnis trotz der Herabsetzung der Getreidezölle größer. Es bewegte sich in der Zeit von 1896 bis 1905 zwischen 128,8 und 180,8 Millionen Mark im Jahr. Seit der Erhöhung der Zölle durch Bülow ist es bis auf 257 928 000 Mark im Jahre 1907 gestiegen. Aber nicht alles, was das deutsche Volk infolge der Getreidezölle hat zahlen müssen, ist dem Reiche zu gut gekommen.

Denn einmal hat das Reich von dem, was es an Getreidezöllen erhob, einen großen Teil in Ausfuhrprämien wieder herauszahlen müssen. In dem Rechnungsjahre 1908 betrug dies 102,2, in 1909 100,4, in 1910 123,5, in den letzten drei Jahren zusammen also nicht weniger als 325 Millionen Mark, und die Zentrumsarbeiter, die betört durch die Aussicht auf eine auf

den Getreidezollüberschüssen aufgebaute Witwen- und Waisenversorgung die Politik ihrer Partei gutgeheißen hatten, sahen ihre Felle davonschwimmen.

Dieser durch die Ausfuhrscheine verursachte Ausfall im Zollertrag war aber noch die geringste Schädigung, welche unser Schutzsystem den öffentlichen Finanzen gebracht hat. Weit schädlicher ist, daß es die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler in Reich, Einzelstaaten, Gemeinden erschöpft. Daher beschäftigen wir uns seit Jahren vergeblich mit Finanzreformen, welche die ordentlichen Einnahmen der öffentlichen Körperschaften mit deren Ausgaben ins Gleichgewicht bringen sollen. Man hat die direkten Steuern erhöht und einen Verbrauchsgegenstand nach dem andern mit indirekten Steuern belegt, so daß wir vom ersten Schritt aus dem Bette am Morgen, bis wir uns wieder niederlegen, nichts genießen, ohne Tribut zu zahlen. Dem darüber Seufzenden wird dann regelmäßig vorgerechnet, er zahle pro Kopf der Bevölkerung an Reich und Einzelstaaten doch noch lange nicht so viel Steuer wie z. B. der englische Steuerzahler dem englischen Staate und dabei stellt man nur gegenüber, was in Deutschland und England der Staat wirklich einnimmt. Als ob der Steuerzahler nur durch das belastet würde, was Reich und Einzelstaaten von dem, was er infolge der Steuern mehr zahlen muß, wirklich erhalten, und nicht vielmehr durch den ganzen Betrag, den er infolge der Erhebung einer Steuer mehr als sonst opfern muß, auch durch den, von dem keine öffentliche Kasse etwas zu sehen bekommt!

Da brachten z. B. die Zölle auf Roggen, Weizen, Gerste und Hafer in den drei Jahren 1907/09 dem Reiche 377 013 163 Mark, in jedem derselben durchschnittlich 125 671 054 Mk. Aber der eingeführte Roggen betrug nur 1,6 % des deutschen Roggenbedarfs; im Jahre 1909 wurde dieser ganz durch den in Deutschland gebauten Roggen gedeckt. Ähnlich war es

mit dem Hafer; der eingeführte Hafer betrug nur 0,71 % des deutschen Haferbedarfs und im Jahre 1908 wurde dieser ganz durch heimischen Hafer befriedigt. Nur zur Deckung des Weizen- und Gerstenbedarfs war in den genannten drei Jahren eine Zufuhr aus dem Auslande im Betrag von etwas mehr als einem Drittel desselben notwendig. Wir haben aber gesehen, daß seit Aufhebung des Indentitätsnachweises der Inlandpreis fast um den ganzen Betrag des Zolls über dem Weltmarktpreis steht. Es läßt sich ferner behaupten, daß nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1907 bestenfalls 19 % der 63 219 000 Bewohner des deutschen Zollgebiets selbst gebautes Getreide verbrauchten. Unter Zugrundelegung dieses Prozentsatzes, der viel zu hoch ist, mußten die übrigen 81 % in den drei Jahren 3 059 329 702 Mk. mehr ausgeben, wovon 2 682 316 537 Mk., in jedem Jahr durchschnittlich 894 105 512 Mk. in die Taschen Privater geflossen sind. Das, was die Zölle auf Roggen, Weizen, Gerste und Hafer in den Jahren 1907/09 dem Reiche gebracht haben, hat den Steuerzahler allerdings nur mit 7,36 Mk. pro Kopf der Getreide kaufenden Bevölkerung, in jedem der drei Jahre durchschnittlich mit 2,45 Mk. belastet, das aber, was er infolge derselben hat mehr zahlen müssen, beziffert sich auf 59,74 Mk. oder im Jahresdurchschnitt 19,91 Mk. pro Kopf der Getreide kaufenden Bevölkerung. Vergl. die 2- Beilage im Anhang.

Dem Reiche aber haben diese Zölle nicht nur nicht genug eingebracht, sie haben es geradezu geschädigt, indem die Leistung von mehr als 2½ Milliarden Mark welche die Steuerzahler in drei Jahren infolge nur dieser vier Zölle an Private haben zahlen müssen, ihre Fähigkeit zur Zahlung anderer Steuern vermindert hat. Die deutschen Finanzminister würden in Gold schwimmen, wenn sie diese Beträge in ihre Kassen hätten leiten können. Statt dessen wird durch die hohen Preise, welche die Masse des Volks infolge

dieser und anderer Schutzzölle zu zahlen hat, ihre Leistungsfähigkeit an den Staat erschöpft, und das unausbleibliche Ergebnis ist, daß es stets schwerer wird, dem steigenden Staatserfordernis mittelst Steuern zu genügen. Es bleibt dann nichts anderes übrig, als Schulden machen. Während es den Engländern gelungen ist, auf Grund ihres den Prinzipien des Freihandels entsprechenden Budgets trotz enorm gestiegener Ausgaben für Heer und Marine die einst als fabelhaft geltende englische Staatsschuld so zu mindern, daß 1908 die Schulden von Staat und Gemeinden in Großbritannien und Irland nur mehr 24 082 Millionen Mark betragen, ist in Deutschland bei einem dem Schutzzoll entsprechenden Finanzsystem die Schuldenlast von Reich, Staaten und Gemeinden von 1871—1909 auf 26,2 Milliarden Mark angewachsen.

Die Belastung der Konsumenten.

Hohe Getreidepreise bedeuten hohe Brotpreise. Das ist ziffernmäßig von Hirschberg¹⁾ an den Berliner Brotpreisen gezeigt worden. Die Familien, die viel Brot verbrauchen, tragen also die Hauptlast der Verteuerung. Je ärmer eine Familie, um so größer ist ihr Brotkonsum. Und je kinderreicher eine ist, um so mehr Brot braucht sie und um so viel mehr wächst die Last, die auf dem Brote liegt. Am schwersten und drückendsten ist also die Zollbelastung gerade für die untersten Schichten, die ärmsten und kinderreichsten.

Wie hoch ist sie?

Roncador berechnet den jährlichen Durchschnittsverbrauch an Getreide bzw. Mehl auf den Kopf der Bevölkerung auf 2 Doppelzentner, für eine normale 5 köpfige Familie be-

¹⁾ Dr. Hirschberg (bei Conrad Bd. XC. der Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Seite 111).

Als Folge der Teuerung sehen wir allenthalben Lohnbewegungen der Arbeiter entstehen, die sich für die Belastung ihres Lebensunterhalts schadlos zu halten suchen. Vielfach ist es zu Arbeitseinstellungen gekommen. Nicht alle Streiks waren aber erfolgreich, und nicht in allen Gewerben. So ist namentlich im Bergbau mit seinen Hunderttausenden von Arbeitern der Durchschnittslohn des Arbeiters nicht entsprechend der Teuerung gestiegen. Nach der amtlichen Lohnstatistik sind die Bergarbeiterlöhne des Oberbergamtsbezirks Dortmund zwischen 1908 und 1910 heruntergegangen. Der Jahresarbeitsverdienst eines Arbeiters (Gesamtbelegschaft) betrug nach dem Jahresbericht des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund

| | |
|----------------|----------------|
| 1900: 1332 Mk. | 1906: 1402 Mk. |
| 1901: 1224 - | 1907: 1562 - |
| 1902: 1131 - | 1908: 1494 - |
| 1903: 1205 - | 1909: 1350 - |
| 1904: 1208 - | 1910: 1382 - |
| 1905: 1186 - | |

Der Lohn stieg und fiel je nach der Konjunktur, um die Teuerung kümmerte er sich wenig. Augenblicklich zeigt er wieder etwas steigende Tendenz. Und sehen wir die Festbesoldeten an, die Beamten in Staat und Gemeinde! Ihre Gehälter wurden erhöht mit Rücksicht auf die Teuerung, aber diese Gehaltserhöhungen wurden wieder verschlungen durch die Steuererhöhungen, die nötig wurden, um die Beamtengehälter aufzubessern und durch das weitere Steigen der Warenpreise. So dreht sich alles in einem circulus vitiosus bei dem unseligen Wirtschaftssystem des Schutzzolles für Alle. Bekommt der Eine zu essen, dann schreien die Andern, und damit diese den Einen essen lassen, bekommen auch sie den Mund gestopft; und schließlich muß der wirtschaftlich Schwächere für den

Stärkeren zahlen. Bemerkenswert ist, daß die Erhöhung der Zivilliste des Königs von Preußen mit einem Hinweis auf die allgemeine Teuerung begründet wurde.

Soziale Wirkungen.

Daß zwischen der Höhe der Getreidepreise und der Kriminalität ein Zusammenhang besteht, hat der Statistiker Georg von Mayr¹⁾ schon 1867 für Bayern inbezug auf die Roggenpreise dargetan. Er sagte: „Die Linien sind so überraschend parallel, daß man nicht anstehen kann, zu bekennen, daß in der Periode 1835 bis 1861 so ziemlich jeder Sechser (= 17 Pf. heutiger Reichswährung), um den das Getreide im Preis gestiegen ist, auf je 100 000 Einwohner in Bayern diesseits des Rheins einen Diebstahl mehr hervorgerufen hat, während andererseits das Fallen des Getreidepreises um einen Sechser je einen Diebstahl bei der gleichen Zahl von Einwohnern verhütet hat.“ Infolge der Industriebentwicklung haben sich die Verhältnisse indessen etwas geändert. Einmal ist an Stelle des Roggenkonsums ein steigender Weizenkonsum getreten, so daß man bei Anstellung neuer Vergleiche nicht mehr allein die Roggenpreise berücksichtigen darf, sondern Roggen- und Weizenpreise zusammenfassen muß. Ferner sind die Schwankungen der Erwerbsgelegenheit heute weit stärker als früher, was natürlich einen nicht unerheblichen Einfluß auf die Ziffer der Eigentumsvergehen hat. Bei steigenden Getreidepreisen sehen wir aber im allgemeinen auch heute noch Diebstahl und Hehlerei zunehmen, aber sie nehmen nicht zu und ab ganz genau in demselben Maße, da durch die größere oder geringere Arbeitsgelegenheit Ausgleichungen oder

¹⁾ Statistik der gerichtlichen Polizei im Königreich Bayern und einigen anderen Ländern. München 1867, Seite 42, 56, und G. Mayr, Die Gesetzmäßigkeit im Gesellschaftsleben. München 1877, Seite 344 bis 347.

Verschärfungen erfolgen können. Als Ausnahmen von der Regel kommen auch Zeiten vor, wo trotz niedriger Preise die Eigentumsvergehen zunehmen und umgekehrt, weil im ersten Fall eine niedergehende Konjunktur, im letzteren eine steigende einen mächtigen Einfluß auszuüben imstande war. Am stärksten aber zeigt sich der Einfluß der Getreidepreise auf die Zunahme dieser Vergehen, wenn sie mit einer industriellen Rückwärtsbewegung zusammenfallen wie 1908. Dann wirken die hohen Lebensmittelpreise im besonderen Maße unheilvoll. —

Die Beziehungen zwischen U n t e r e r n ä h r u n g u n d A l k o h o l i s m u s sind durch die Untersuchungen unserer ersten Hygieniker längst nachgewiesen. So schreibt G r o t j a h n¹⁾ 1898: „Bei sinkender Volksernährung stellen sich Branntwein und Kaffee als regelmäßige Begleiter der Mahlzeiten ein. Der Schnaps wirkt hier um so deletärer, als er ja in unterernährten Organismen seine Wirksamkeit entfaltet“

Z ö l l e u n d W e h r k r a f t.

Auch mit politisch-patriotischen Gründen hat man die Notwendigkeit hoher Getreidezölle zu beweisen gesucht. Man behauptete, die deutsche Landwirtschaft sei die Grundlage der deutschen Wehrkraft; ohne Getreidezölle aber sei die Landwirtschaft dem Untergang geweiht, folglich seien die Getreidezölle unentbehrlich zur Aufrechterhaltung der deutschen Wehrkraft. Diese Beweisführung ist völlig unzutreffend. Denn erstens liefert heute die deutsche Landwirtschaft nur mehr ein Drittel der Rekruten für die Armee und Marine. Selbst in einem so stark landwirtschaftlichen Lande wie Bayern stammt die Mehrzahl der Rekruten von nicht landwirtschaftlich tätigen

¹⁾ G r o t j a h n, Der Alkoholismus nach Wesen, Wirkung und Verbreitung 1898.

Eltern. Und zweitens haben nur 23 % der landwirtschaftlichen und ein noch viel geringerer Prozentsatz der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches ein wirkliches Interesse an hohen Getreidepreisen. Ferner malt man uns das Gespenst des Aus Hungerns im Kriegsfall an die Wand, wenn Deutschland seinen ganzen Getreidebedarf nicht selbst erzeugen könne. Das ist gänzlich hinfällig. Denn schon in Friedenszeiten haben wir nicht genug Arbeiter, um unsere Felder zu bestellen, namentlich in den eigentlichen deutschen Getreidebaugenden. Nach der Mitteilung des Generalsekretärs der Landwirtschaftskammer von Pommern, Dr. von Stojentin, sind gemäß dem Bericht der Feldarbeiterzentrale vom 1. Januar bis 1. Oktober 1909 565 000 legitimierte ausländische Arbeiter aus dem Osten mit der Bestellung der Felder in Deutschland beschäftigt gewesen. Das ist eine Zahl, größer als diejenige, auf welche im Laufe des Jahres 1915 die Ziffer der Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten im deutschen Heere erhöht werden soll. Auch der agrarische Professor M a x S e r i n g muß zugeben, daß wir selbst im Frieden vom guten Willen unserer östlichen Nachbarn abhängen, ob wir unsere Felder bestellen und ernten können.

Wie aber soll es erst in einem großen Kriege werden, wenn sämtliche Männer, die nach den bestehenden Gesetzen irgendwie dienstpflchtig sind, gleichviel ob wir sie mit Oberst von Renauld auf 10,2 oder mit anderen auf 4—5 Millionen beziffern, eingestellt würden? Wer sollte dann unseren Getreidebedarf erzeugen? Schwächlinge, Frauen und Greise, wie es zu Tacitus Zeiten bei den alten Germanen üblich war. Die 64,7 Millionen des heutigen Deutschlands aber müßten bei dieser Methode einfach verhungern. Und eben mit der Notwendigkeit, die Zufuhr des von uns benötigten Getreides im Kriegsfall zu sichern, hat man seinerzeit die Vermehrung unserer Flotte begründet.

Zölle und Löhne.

Neuerdings rechnen die Agrarier dem deutschen Volke mit Vorliebe die Opfer vor, die die Landwirtschaft des Ostens für die Industrie bringe, dadurch daß sie jährlich den Überschuß ihrer Bevölkerung an die Städte abgebe. Das seien jährlich 200 000 Menschen. Und wenn man die Erziehungskosten eines ungelernten Arbeiters bis zum Alter von 15 Jahren auf 4000 Mk. schätze, so würde durch den Geldwert dieser vom Lande gelieferten Menschen die Leistung der Städte und der Industrie für die Landwirtschaft ausgeglichen werden. Nur nebenbei sei bemerkt, daß nach einer in Thiels Jahrbüchern veröffentlichten Arbeit das Einkommen eines erwachsenen pommerschen Landarbeiters 400—450 Mk. beträgt, so daß die Summe von 4000 Mk. recht willkürlich hoch gegriffen ist. Normalerweise würde man entsprechend dem Einkommen und den Lebensbedingungen dieser Kreise die Erziehungskosten bis zum 15. Jahr auf höchstens 1500 Mk. veranschlagen dürfen.

Doch das nebenbei. Warum wandern denn die Leute vom Lande ab? Weil ihnen diese Löhnung für ihre Existenz nicht genügt, und die Stadt ihnen mehr Aussicht vorwärts zu kommen bietet. Auch hat diese Abwanderung zur Zeit hoher Getreidepreise in weit größerem Maße stattgefunden als heute, und zwar zu einer Zeit, ehe diese Leute sich der Stadt und der Industrie zuwandten. Vor deren Aufblühen wanderten im Jahre 1881 nicht weniger als 210 547 Menschen über See aus, und erst unter dem Einfluß ihres Aufblühens ist die Auswandererzahl auf 19 883 im Jahre 1908 gesunken. Jene Auswanderung war ein großer Verlust, den die deutsche Volkswirtschaft alljährlich erlitten hat; wenn diese Auswanderer seit dem Aufblühen der Industrie in Deutschland bleiben, ist es daher nicht die Industrie, welche der Landwirtschaft Kräfte entzieht, sondern welche dem Vaterlande

die Menschen erhält, denen die Landwirtschaft keine genügenden Existenzbedingungen zu bieten vermag.

Auch das ist nicht richtig, daß die niedrigen Getreidepreise schuld an den niedrigen Löhnen seien. Denn solange die Getreidepreise hoch waren, wurden niedrigere ländliche Löhne gezahlt und erst durch die Konkurrenz der aufblühenden Industrie auf dem Arbeitsmarkte stiegen auch die ländlichen Löhne. Will man freilich durch Hochschutzzollpolitik die Industrie in ihrem Export ins Ausland schädigen, dann folgen, wie wir schon erlebt haben, Arbeiterentlassungen. Dadurch steigt das Angebot von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkte und ein Sinken der industriellen Löhne ist die Folge. Daran schließt sich dann unfehlbar ein Sinken der ländlichen Löhne. Es wäre frevelhaft, derartige wirtschaftliche Folgen herbeiführen zu wollen.

Kann die deutsche Landwirtschaft das deutsche Volk allein ernähren?

Als der neue Zolltarif in Kraft trat, waren die Weltmarktpreise gerade im Steigen. Die Zölle erhöhten aber den Inlandpreis noch ein Viertel über diese Weltmarktpreise. Ferner führt die Landwirtschaft, wie wir gesehen haben, wieder Roggen und Hafer aus, und sie sieht darin eine Bestätigung ihrer Behauptung, daß sie bei entsprechenden Preisen ihre Erträge leicht so steigern könne, um den deutschen Bedarf ganz zu decken.

Die Durchschnittserträge pro Hektar sind folgendermaßen gestiegen (in kg):

| | für Roggen | für Weizen | für Gerste | für Hafer |
|-------------|------------|------------|------------|-----------|
| 1882—1891 . | 1162 | 1487 | 1576 | 1414 |
| 1893—1897 . | 1390 | 1694 | 1630 | 1446 |
| 1898—1902 . | 1476 | 1844 | 1806 | 1706 |

| | für Roggen | für Weizen | für Gerste | für Hafer |
|-------------|------------|------------|------------|-----------|
| 1903—1907 . | 1610 | 1978 | 1900 | 1892 |
| 1908—1909 . | 1800 | 2000 | 1950 | 1960 |

Das ist gewiß eine außerordentliche Leistung und ist mehr als die Steigerung, die der verdienstvolle Leiter des preußischen Landwirtschaftsministeriums Thiel¹⁾ im Jahre 1894 für nötig hielt, damit Deutschland seinen ganzen Getreidebedarf selbst decke. Aber trotz dieser Ertragssteigerungen, die in einer Periode sinkender Getreidepreise 1876—1905 eintraten und also nicht hohen Preisen, sondern vielmehr dem Fortschritt der Technik und der dadurch bedingten Verbilligung mancher Kosten zuzuschreiben sind, konnten wir unsern Weizen- und Gerstenbedarf im Inland nicht decken; ein Drittel des benötigten Weizens und etwa 40 % der benötigten Gerste mußten wir einführen, obwohl, wie gesagt, auch hier die Durchschnittserträge weit mehr gestiegen sind, als Thiel für genügend erklärt hatte. Nur bei Roggen und Hafer war es möglich, unsern Bedarf zu decken, teils, weil durch das Steigen der Preise der Landwirtschaft der Anstoß gegeben wurde, auch die schlechtesten Böden mit diesen anspruchsloseren Getreidearten zu bestellen, teils, weil die Bevölkerung weniger Roggen und mehr Weizen konsumiert.

An 52,6 Tagen des Jahres lebt also Deutschland noch immer von fremdem Getreide. Auch Thiels Berechnung der Zahl von Pferden, Rindvieh und Schweinen, die nötig wäre, um den deutschen Bedarf zu decken, hat sich nicht als richtig erwiesen. Denn nach ihr hätten wir 1894 nur 64 000 Pferde, 30 000 Stück

¹⁾ Kann die deutsche Landwirtschaft das deutsche Volk ernähren? Mentzel von Lengerkes landwirtschaftl. Hilfs- und Schreibkalender 1894, S. 68.

Rindvieh, 350 000 Schweine mehr erzeugen müssen, um unseren Bedarf zu decken. Die Zunahme des Viehbestandes aber war eine weit größere. Der Bestand war:

| | Pferde | Rindvieh | Schweine |
|------|-----------|------------|------------|
| 1892 | 3 836 273 | 17 555 834 | 12 174 442 |
| 1907 | 4 345 043 | 20 630 544 | 22 146 532 |

Trotz dieser viel bedeutenderen Steigerung wurden 1909 nach Deutschland 114 369 Pferde mehr ein- als ausgeführt, Rindvieh 193 074 Stück und Schweine 121 604 Stück. Seit Thiel seine Berechnungen im Jahre 1894 anstellte, ist eben unser Bedarf an Getreide und Vieh außerordentlich gewachsen.

Ebenso unhaltbar sind die Berechnungen anderer in dieser Sache. Max Delbrück¹⁾ und Schumacher²⁾ halten es für möglich, die landwirtschaftliche Produktion noch einmal zu verdoppeln, nachdem im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts die Erzeugung von Roggen um 19 %, von Weizen um 10 %, von Gerste um 3 % und von Kartoffeln um 25 % gestiegen sei. Eine jährliche Steigerung des Durchschnittsertrages um 10,48 kg pro ha soll nach Schumacher leicht zu erzielen sein. Das reiche aus, wenn die Bevölkerung sich bis zum Jahre 2000 verdoppeln sollte.

Aber den Berechnungen Delbrücks liegen große Fehler zugrunde. Der landwirtschaftlichen Produktion um das Jahr 1800 hat er nur die deutsche Bevölkerung gegenübergestellt, welche sie damals versorgte, statt ihr die auswärtige Bevölkerung hinzuzuzählen, welche damals aus Deutschland Getreide

¹⁾ Max Delbrück, Die deutsche Landwirtschaft an der Jahrhundertwende. Berlin 1900. S. 10,31 ff.

²⁾ Schumacher, Über Körnererträge in der Landwirtschaft. Berlin 1901.

bezog. Die Bevölkerung, welche damals von Deutschland mit Getreide versorgt wurde, war also weit größer als Delbrück sie angibt. Die deutsche Getreideproduktion hat aber mit dem Wachstum dieser Bevölkerung nicht Schritt gehalten, auch in den Zeiten nicht, als wir sehr hohe Getreidepreise hatten; denn schon seit 1852 führen wir mehr Roggen und seit 1876 auch mehr Weizen ein als aus. Und erst in den letzten Jahren durch den Rückgang des Roggenkonsums und stärkeren Weizenkonsum in Verbindung mit der Politik der Getreideexportprämien sehen wir wieder eine Roggenausfuhr. Auch die Anbaufläche, die Delbrück für seine Berechnungen heranzieht, ist nicht richtig. Denn vor 100 Jahren gab es in Deutschland Gegenden, in denen mehr als ein Drittel des Bodens un bebaut war und bis 1878 kommt die Steigerung seiner Produktion wesentlich auf Rechnung der Ausdehnung der Ackerfläche. Erst seitdem sehen wir eine Steigerung der Erträge pro Hektar durch rationellere Bewirtschaftung. Für die Berechnung der Ertragssteigerung aber kann nur die Ertragssteigerung pro Hektar in Frage kommen. Und auch das hat Delbrück nicht berücksichtigt, daß der Bedarf der Bevölkerung in den letzten 100 Jahren außerordentlich gewachsen ist, daß die deutsche Bevölkerung heute nicht nur durchschnittlich besser ernährt ist, sondern auch besser ernährt sein muß, weil ihre heutige Tätigkeit einen weit größeren Nervenverbrauch mit sich bringt und deshalb einen hochwertigeren Ersatz der verbrauchten Kräfte verlangt. Es steigt also notwendig der Verbrauch animalischer und auch landwirtschaftlicher Produkte pro Kopf. Außerdem aber ist der Bedarf an Bodenfrüchten für andere als Nahrungszwecke, für Verwendung in der Industrie im Laufe des 19. Jahrhunderts außerordentlich gestiegen, und auch dieser Bedarf muß befriedigt werden, wenn das deutsche Volk fortbestehen und sich weiter entwickeln soll.

Und endlich fehlt in diesen Arbeiten die Berücksichtigung der Tatsache, daß die landwirtschaftlich genutzte Fläche des Deutschen Reiches in fortwährendem Abnehmen begriffen ist.

| | |
|--------------------------|-----------------|
| Sie betrug im Jahre 1878 | 3 672 601 540 a |
| 1883 | 3 564 041 900 a |
| 1893 | 3 516 459 680 a |
| 1900 | 3 505 539 760 a |

Für später haben wir leider keine statistischen Angaben. Während also von der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Jahre 1878 auf den Kopf der Bevölkerung noch 83 a kamen, waren es 1883 nur mehr 77 a, im Jahre 1893 nur mehr 69 a, im Jahre 1900 nur mehr 62 a pro Kopf. Sie nahm also jedes Jahr um 0,95 a pro Kopf ab. Man denke weiter, daß nur wenig mehr als ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche dem Getreidebau dient und nahezu zwei Drittel mit Hülsenfrüchten, Hackfrüchten, Gemüse, Handelsgewächsen und Futterpflanzen bestellt sind.

Die Getreideanbaufläche aber hat pro Kopf abgenommen, und zwar von

| | |
|------------------------------------|----------|
| 1878—1883 im Jahresdurchschnitt um | 0,240 a |
| 1883—1893 - - - | 0,219 a |
| 1893—1900 - - - | 0,314 a |
| 1900—1909 - - - | 0,336 a. |

Selbst, wenn die dem Getreidebau dienende Fläche nicht weiter abnehmen sollte, sondern um die Mitte des 20. Jahrhunderts, was ja nicht wahrscheinlich ist, immer noch so groß wäre wie 1909, nämlich 14 217 712 ha, selbst dann betrüge sie nur mehr 14,21 a auf den Kopf der Bevölkerung, denn die deutsche Bevölkerung wächst, und aus den

65 Millionen, die sie 1910 zählte, sind bis 1950 wahrscheinlich 100 Millionen geworden. Und wenn dann nur mehr 14,21 a, das ist wenig mehr als ein halber preußischer Morgen auf den Kopf der Bevölkerung kommen, wollen da die Agrarier behaupten, daß auch dann noch der gesamte deutsche Getreidebedarf auf deutschem Boden erzeugt werden kann?

Gewiß lassen sich noch weite Moorstrecken urbar machen und in Getreideland verwandeln, aber nach den Berechnungen Dr. Hoffarth's¹⁾, der für die Urbarmachung der Moore eintritt, würden die urbar gemachten 650 000 ha Moore nur 1 170 000 Tonnen Getreide liefern. Dahingegen hat schon im Jahre 1909 die Einfuhr der vier Hauptgetreidearten um 4 643 184 Tonnen mehr als die Ausfuhr betragen. Auch wenn man einen Teil des Wiesen- und Kartoffellandes zum Getreidebau verwendete, würde es nur für kurze Zeit ausreichen, um den Getreidebedarf zu decken, ganz abgesehen davon, daß dies wirtschaftlich sehr töricht sein würde; denn warum werden denn diese Ländereien heute nicht mit Getreide bestellt? Doch offenbar nur, weil die jetzige Art der Bodenbenutzung rentabler ist. Auch läßt sich das Getreideland nicht auf Kosten des Waldbodens vergrößern, denn die Einfuhr von Holz übersteigt in jährlich wachsendem Maße die Ausfuhr, und der ausgezeichnete Sachverständige Prof. Endres²⁾ sagt, daß noch etwa 10,7 Millionen Hektar notwendig seien, um den fehlenden deutschen Holzbedarf zu decken.

¹⁾ Hoffarth, Die bisherige Getreideeinfuhr, der Wiederbeginn und das Ende der Selbstproduktion des erforderlichen Getreides auf deutschem Boden. Leipziger Dissertation. Münster, Westfalen 1910. S. 62 ff.

²⁾ Endres, Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 3. Auflage. S. 427.

Die Agrarier verweisen schließlich auf die internationale Erntestatistik, die ergibt, daß die in England, Belgien, Holland und Dänemark pro Flächeneinheit erzielten Erträge die deutschen Ernteerträge erheblich übertreffen. Sie meinen, wir müßten ebenso weit kommen. Sie übersehen aber, daß der Boden Deutschlands durchschnittlich schlechter und sein Klima ungünstiger ist, als das der genannten Länder. Und zweitens, daß dort nur das für Getreidebau vorzüglich geeignete Land für Getreidebau verwendet wurde. Auf Böden gleicher Güte wie der genannten Länder haben wir heute schon die gleichen, wenn nicht größere Durchschnittserträge als diese Länder. Was bei uns die Ziffer der jährlichen Durchschnittserträge drückt, ist das unfruchtbare Land, das bei uns mit Getreide bestellt wird. Die Erträge des unfruchtbaren Landes also müßten bei uns vor allem gesteigert werden, wollen wir unseren gesamten Getreidebedarf auf deutschem Boden erzeugen. Hierzu wären aber außerordentlich hohe Fruchtpreise nötig, um Mehrerträge zu erzielen. Eine solche Wirtschaftspolitik ist jedoch im volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse nicht wünschenswert.

Die Not der Landwirtschaft.

Warum sind unsere Landwirte im Getreidebau mit den Landwirten Amerikas, Rußlands, Argentiniens und anderer Länder nicht konkurrenzfähig und warum können sie es auch mit Hilfe der Getreidezölle nicht werden?

Die Ursachen liegen in den größeren Kosten des deutschen Getreidebaues. Die Kosten des Getreidebaues bestehen aus Verzinsung des Bodenwertes, Kapitalzins, Arbeitslohn, Steuern.

Wie verhalten sich diese Kosten in Deutschland zu denen in seinen Konkurrenzländern?

Die Steuern, welche die Landwirtschaft zu tragen hat, sind in den beiden letzten Dezennien in allen deutschen Staaten erheblich herabgesetzt worden. Ein Beispiel hierfür ist namentlich Bayern. Hier sehen wir eine fortgesetzte Ermäßigung der Grundsteuer, die durch die Steuerreform von 1910 wieder fast um die Hälfte herabgesetzt wurde. Wenn wir den Angaben des Ministers v. Brettreich folgen, stiegen umgekehrt die Aufwendungen des Staates für die Landwirtschaft von 1 847 229 Mark in den Jahren 1880/81 auf 8 061 356 Mark i. J. 1904. An den Steuerverhältnissen kann es also nicht liegen.

Auch in den Arbeitslöhnen kann die Überlegenheit der Konkurrenzländer nicht begründet sein. Denn der Lohn in den Vereinigten Staaten und Argentinien beträgt soviel Dollars wie bei uns Mark, und der russische Arbeitslohn, der nominell etwas niedriger wie der unsere ist, ist in Wahrheit durch die geringere Arbeitsleistung des russischen Arbeiters kaum von den unseren unterschieden.

Auch der Zinsfuß ist bei uns erheblich niedriger als in Rußland und Amerika. Der Hypothekenzinsfuß der Landschaften und Hypothekenbanken war in den letzten Dezennien in Deutschland $3\frac{1}{2}$ % bis 4 %, und die landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaften haben selbst zu der Zeit, da der Diskontsatz der Reichsbank auf 7,5 % stieg, Personalkredit gegen einen Zins von 4—6 % gewährt. In Rußland beträgt der Hypothekenzinsfuß angeblich 4 %, der Zinsfuß bei Personalkredit aber 24—200 % pro Jahr, bei Genossenschaftskredit 8—12 % pro Jahr; jeder Rubel, den der Bauer an Steuern zahlt, kostet ihm 2 oder 3. In Amerika betrug der Zinsfuß 1880—90 in den Getreide ausführenden Staaten zwischen 8 und 9 %.

Wo also liegt der Vorteil der Konkurrenzländer? Ausschließlich im niedrigen Bodenwert, dessen not-

wendige Folge die extensivste Bewirtschaftung ist. In den Getreide ausführenden Gouvernements Rußlands kostet der Hektar zwischen 19 und 224 Mark, in Argentinien zwischen 17 und 80 Mark, in den Vereinigten Staaten zwischen 64 und 690 Mark, in Deutschland dagegen kostete gleichzeitig der Boden, selbst in den billigsten Gegenden das drei- bis hundertfache. Hier liegt die Ursache der mangelnden Konkurrenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft mit dem Ausland. Wie aber wirkt der Getreidezoll? Indem er den Getreidepreis steigert, was er ja soll, steigt die Geldrente, welche der Boden abwirft, und entsprechend steigt der Bodenwert. Der Landwirt, der jetzt verkauft, — und je höher einer verschuldet ist, um so größer ist die Versuchung für ihn, zu verkaufen — hat jetzt vom Getreidezoll sicherlich einen großen Nutzen gezogen; sein Nachfolger aber, sei es der Käufer oder der Sohn, ist alsbald wieder in der nämlichen Notlage, wie der Vorgänger, ehe es einen Zoll gab, denn er hat den Boden zu teuer gekauft oder übernommen und gerät bei sinkenden Getreidepreisen in Schwierigkeiten, die Zinsen des gesteigerten Bodenpreises herauszuwirtschaften. Der Getreidezoll hat also dem geholfen, der den landwirtschaftlichen Beruf aufgab. Dem aber, der in diesem Beruf arbeiten will oder muß, hat er die Existenzbedingungen erschwert. Er befindet sich alsbald wieder in Not. Dann werden abermals höhere Zölle gefordert und so fort. Es ist eine Schraube ohne Ende. Oder wie Dr. R u h l a n d 1886 geschrieben hat: „Bringt der Schutzzoll... wirklich eine Besserung des landwirtschaftlichen Einkommens zuwege, so wird diese Hilfe zunächst von dem steigenden Grundpreise und danach von der steigenden Grundverschuldung aufgesogen. Die kritische Lage des Grundbesitzes ist aber nachher dieselbe wie vorher. Soll also z. B. das Mittel des Schutzzolls nur fortgesetzte Linderung bringen, so muß notwendigerweise ein

Skalazoll ohne Ende zur Anwendung gelangen, und zwar so, daß mit dem niedrigsten Satze begonnen wird. Ist dieser von der Verschuldung aufgesogen, so muß etwa eine Verdoppelung eintreten. Ist auch diese Quote von dem Grundpreise und seinen Verpflichtungen verschluckt, eine Verdreifachung des ursprünglichen Satzes usw. ohne Ende.“ Diese Wahrheit wird auch heute von Dr. R u h l a n d , nachdem er der wissenschaftliche Beirat des Bundes der Landwirte geworden ist, nicht bestritten. Und in der Tat ist es unbestreitbar, wie die Tatsachen zeigen. Und diese Tatsachen sind gerade unter der Wirkung des Zolltarifs von 1902 so zahlreich zutage getreten, daß es notwendig ist, eine Anzahl derselben mitzuteilen:

In der klerikalischen „Schlesischen Volkszeitung“ hieß es Ende Dezember 1908:

Das Gut Quirren, etwa 1000 Morgen groß, wurde im Jahre 1891 für den Preis von 70 000 Mk. verkauft. 1907 erstanden 2 Herren aus Allenstein genanntes Gut für 196 000 Mk. und überließen es endlich 1909 an einen Herrn v. Rogowski für 240 000 Mk., der es vor wenigen Wochen mit einem weiteren Aufschlag von einigen tausend Mark losgeschlagen haben soll. Innerhalb 17 Jahren hat also in diesem Falle eine Preissteigerung von mehr als 170 000 Mk. stattgefunden oder um das Zweieinhalbfache.

„Das Gut Windeck, 1050 Morgen groß, kaufte im Jahre 1891 ein Herr Marx für 76 000 Mk.

Nach verschiedenen Weiterverkäufen erzielte der letzte Inhaber 330 000 Mk. Das Gut ist also seit 1891 um nicht weniger als 254 000 Mk. gestiegen.“

Oder um neuere Mitteilungen hier wiederzugeben: Das „Berliner Tageblatt“ vom 27. Juni 1910 berichtet: „Das Rittergut Odin im Kreise Luckau wurde vor 12 Jahren für 270 000 Mk. verkauft; vor 1½ Jahren ging es für 500 000 Mk. in andere Hände über, und jetzt vor kurzer Zeit ist es abermals

für 750 000 Mk. verkauft worden. Also in 12 Jahren eine Preissteigerung auf fast das Dreifache.“

In der „Frankfurter Zeitung“ (viertes Morgenblatt Nr. 314 vom 13. November 1910) berichtet Paul Belgard über den im letzten Jahrfünft so gewaltig angestiegenen und mit so gewaltigen Wertsteigerungen verbundenen Besitzwechsel, „daß man geradezu von einem Verkauf- und Kauftaumel im ganzen Osten des Reiches sprechen muß“. Es ist gar nicht möglich, alle die Belege wiederzugeben, die Belgard anführt. In Ostpreußen hätten sich, seit der Zolltarif seine Wirkung ausübt, die Bodenpreise nahezu verdoppelt. In Ostpreußen könne man sagen: „Jeder ländliche Besitz ist käuflich, mit Ausnahme natürlich der Fideikomnisse und einigen wenigen, gewissen Familien seit lange gehörigen Besitzungen.“

Nicht bloß Zeitungen haben über solche Steigerungen der Bodenwerte im Gefolge der Zollerhöhungen berichtet; es wird darüber an maßgebenden Stellen geklagt, weil sie die Kolonisation der Ostmark erschweren; und eben die Steigerungen der Bodenpreise, sowohl durch die hohen Getreidezölle wie durch die Tätigkeit der Ansiedlungskommission, wurden seinerzeit von vielen Seiten als ein Grund geltend gemacht, warum ein Enteignungsgesetz für die Provinzen Posen und Westpreußen erlassen werden müßte.

Im Durchschnitt des Jahrfünfts 1903—1907 haben nach der Statistischen Korrespondenz vom Juli 1910 in Preußen 137 964 ländliche Grundstücke (über 2 ha groß) den Besitzer gewechselt. Die Zahl ist von Jahr zu Jahr gewachsen:

| | |
|------|---------|
| 1903 | 122 733 |
| 1904 | 131 087 |
| 1905 | 141 923 |
| 1906 | 145 131 |
| 1907 | 148 952 |

In diesen 5 Jahren zusammen also haben 689 826 ländliche Grundstücke einen neuen Besitzer erhalten, ein Teil von ihnen, allerdings nur ein kleiner, ist natürlich von Todes wegen in andere Hände übergegangen. Die Besitzwechsel innerhalb derselben Familie (durch Erbgang, Vermächtnis und Schenkung von Todes wegen oder durch Gutsüberlassung bei Lebzeiten an Kinder oder Schwiegerkinder) betragen aber nur 22,4 % der Gesamtzahl. Alle übrigen 77,6 % sind durch Kauf, Tausch usw. an Fremde übergegangen. Sehr oft sehen wir sogar einen 2—3maligen, ja noch öfteren Besitzwechsel ein und desselben Grundstücks innerhalb dieser Zeit, woraus hervorgeht, in welchem Maße der Boden zu einem Spekulationsobjekt, statt zu dauernder Grundlage einer Familienexistenz geworden ist.

In den westlichen Landesteilen wurde bei weitem diese Verkaufsziffer nicht erreicht. Während die Jahreswechsellziffer im Durchschnitt für ganz Preußen 64,4 vom Tausend beträgt, stellt sie sich für die Rheinprovinz auf 23,9, für Hessen-Nassau auf 35,8 und für Westfalen auf 38,1. In den östlichen Landesteilen, mit Ausnahme der Provinz Schlesien und ebenso in Schleswig-Holstein übertrifft der Besitzwechsel sehr stark den preußischen Durchschnitt. In der Provinz Posen haben jährlich 99,9 vom Tausend den Besitzer gewechselt, in Ostpreußen 100,1, in Schleswig-Holstein 112,2, in Westpreußen 119,5.

Das sind verhängnisvolle Wirkungen der Getreidezölle, die auch von landwirtschaftlichen Autoritäten durchaus anerkannt werden. Der ostpreußische Generallandschaftsdirektor, Geh. Oberregierungsrat Dr. K a p p¹⁾ begründete die Entschuldungsvorlage vor dem Generallandtag der Ostpreußischen Landschaft u. a. mit der Steigerung der Zinslasten

¹⁾ Ordentl. 47. Generallandtag der ostpreußischen Landschaft. Vorlage 22. S. 6, 27.

„infolge einer volkswirtschaftlich recht bedenklichen Steigerung der Güterpreise“.

Er sagt weiter: „Bei Erlaß des neuen Zolltarifs ist von den Gegnern der Landwirtschaft mit Vorliebe darauf hingewiesen, daß die Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle nur den jeweiligen Besitzern zugute kommen würde. Es ist dies der gefährlichste und am schwersten zu widerlegende Einwand gegen unsere neuen Agrarzölle“, und da Kapp ihn nicht zu widerlegen vermag, beantragt er die Festsetzung einer Verschuldungsgrenze, um der mit den steigenden Güterpreisen Hand in Hand gehenden höheren Verschuldung vorzubeugen. Um dieselbe Zeit sagte der preußische Landwirtschaftsminister Herr von Arnim im Abgeordnetenhaus: „Zweifellos bringt die Zollgesetzgebung den jetzt lebenden Landwirten nicht unerhebliche Vorteile. (Sehr richtig links. Heiterkeit.) Sicher ist, daß diese Vorteile in gewisser Zeit, meist schon in einer Generation, in Gestalt von höheren Schulden, eskomptiert sein werden, so daß dann die Landwirtschaft sich wieder auf demselben Standpunkt befinden wird, auf dem sie heute steht. (Sehr richtig links.) Die Zollgesetzgebung hätte dann also gar nichts genützt; sie hätte vielmehr geschadet. Denn fände je eine Verminderung oder Aufhebung der Zölle statt, — und wer wollte die Möglichkeit dafür leugnen? — Dann, meine Herren, werden Katastrophen der allerschlimmsten Art eintreten. Unsere Zollgesetzgebung ist nur dann zu rechtfertigen, wenn wir auch Maßregeln ergreifen, um die nicht gewollten ungünstigen Begleiterscheinungen zu bekämpfen.“

Nun dürften allerdings die im übrigen sehr beachtenswerten, auch von Herrn v. Arnim empfohlenen Vorschläge Dr. Kapps

zur Entschuldung des Grundbesitzes die vom Minister in Aussicht gestellte Katastrophe nicht abzuwenden vermögen, wenn die Forderung des Organs des Bundes der Landwirte in seiner übellaunigen Erwidernng an den Minister zur Erfüllung käme, daß der Zollschatz unvermindert aufrechterhalten würde. Vielmehr dürfte dann diese Katastrophe mit Schrecken hereinbrechen. Man erwäge, daß die landwirtschaftlich benutzte Fläche des Deutschen Reiches jährlich um 0,95 a pro Kopf der Bevölkerung abgenommen hat, so daß bei fortschreitender Bevölkerung um die Mitte des Jahrhunderts wenig mehr als ein halber preußischer Morgen auf den Kopf der Bevölkerung kommen wird, auf dem nach der schutzzöllnerischen Forderung der gesamte Bedarf des deutschen Volkes an Bodenfrüchten erzeugt werden soll. Trotz aller Steigerung der Erträge pro Flächeneinheit ist der Gedanke absurd. Je mehr wir uns aber dem Zeitpunkt nähern, werden Jahr für Jahr die Lebensmittelpreise und als Folge die Bodenpreise die Tendenz haben zu steigen. Und wenn auch der jährlich wachsende Prozentsatz des deutschen Volkes, der nicht von der Landwirtschaft lebt, eben deshalb von den Agrariern als eine nicht in Betracht kommende, verächtliche Masse behandelt zu werden pflegt, so dürfte der von Herrn v. Arnim in Aussicht gestellte Tag, an dem die Getreidezölle wieder beseitigt werden, unaufhaltsam herannahen. Je höher dann die Bodenpreise durch die Zölle getrieben sein werden, desto furchtbarer wird der Zusammenbruch sein. Gerade vom Standpunkt der Landwirtschaft also müssen alle wahren Freunde derselben auf die allmähliche Herabminderung der Zölle bedacht sein. Das ist das einzige Mittel, ohne verhängnisvolle Wirkungen für den landwirtschaftlichen Grundbesitz die Rückkehr von den gegenwärtigen ungesunden, verkünstelten, gefährlichen zu gesunden, natürlichen, ruhigen Verhältnissen herbeizuführen.

Anhang.

Beilage Nr. I. (aus Brentano: Die deutschen Getreidezölle. 2. Auflage S. 120, 121).

Steigerung der Kaufpreise für Landgüter und Stückländereien in Prozenten ausgedrückt, bezogen auf die Preise der Periode 1895—97,

innerhalb der Stufen des durchschnittlichen Grundsteuerertrags bei Zusammenfassung aller Größenklassen.

(Aus Walter Rothkegel, Die Bewegung der Kaufpreise für ländliche Besitzungen und die Entwicke lung der Getreidepreise in Königreich Preußen von 1895 bis 1909. Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft i. D. R.

Steigerung der Kaufpreise für Landgüter.

| Regierungs- bezirk | Stufe des durchschnittlichen Grundsteuerertrags für 1 ha | | | | | | | | | | Alle 5 Stufen zusammengefaßt | | |
|-----------------------|--|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | I. unter 2 Taler | | II. von 2—5 Taler | | III. von 5—10 Taler | | IV. von 10—20 Taler | | V. von 20 Tal.u. mehr | | Anzahl der ver- wendeten Kauf- preise | Steigerung in Prozent | |
| | von 1895/97 bis 1901/03 o/o | von 1901/03 bis 1907/09 o/o | von 1895/97 bis 1901/03 o/o | von 1901/03 bis 1907/09 o/o | von 1895/97 bis 1901/03 o/o | von 1901/03 bis 1907/09 o/o | von 1895/97 bis 1901/03 o/o | von 1901/03 bis 1907/09 o/o | von 1895/97 bis 1901/03 o/o | von 1901/03 bis 1907/09 o/o | | von 1895/97 bis 1901/03 o/o | von 1901/03 bis 1907/09 o/o |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |
| Königsberg | 13 | 54 | 17 | 47 | 14 | 30 | — | — | — | — | 10 219 | 16 | 47 |
| Allenstein | 25 | 52 | 19 | 42 | — | — | — | — | — | — | 7 939 | 29 | 61 |
| Gumbinnen | 31 | 45 | 16 | 26 | 15 | 45 | — | — | — | — | 14 481 | 22 | 35 |
| Danzig | 15 | 56 | 12 | 36 | 18 | 36 | 21 | 33 | — | — | 5 963 | 16 | 43 |
| Marienwerder | 28 | 49 | 26 | 50 | 24 | 44 | 10 | 39 | — | — | 17 291 | 26 | 49 |
| Potsdam | 12 | 24 | 9 | 21 | 6 | 17 | — | — | — | — | 5 060 | 9 | 21 |
| Frankfurt | 19 | 19 | 16 | 12 | 1 | 16 | —3 | 11 | — | — | 10 310 | 13 | 14 |
| Stettin | 17 | 24 | 10 | 21 | 8 | 10 | — | — | — | — | 4 734 | 11 | 19 |
| Köslin | 25 | 30 | 25 | 30 | 15 | 25 | — | — | — | — | 8 179 | 24 | 30 |
| Stralsund | —2 | 41 | —6 | 30 | —5 | 28 | — | — | — | — | 1 469 | —5 | 30 |
| Posen | 27 | 56 | 32 | 54 | 27 | 49 | — | — | — | — | 21 900 | 30 | 54 |

Steigerung der Kaufpreise für Stückländereien.

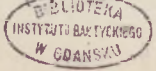
| Regierungs- bezirk | Stufe des durchschnittlichen Grundsteuerreinertrags für 1 ha | | | | | | | | | | Alle 5 Stufen zusammengestellt | | |
|-----------------------|--|-------------------------|---------------------------------------|-------------------------|---------------------------------------|-------------------------|---------------------------------------|-------------------------|---------------------------------------|-------------------------|---|---------------------------------------|-------------------------|
| | I. unter 2 Taler | | II. von 2—5 Taler | | III. von 5—10 Taler | | IV. von 10—20 Taler | | V. von 20 Tal. u. mehr | | Anzahl der ver- wendeten Kauf- preise | Steigerung in Prozenten | |
| | von 1895/97 bis 1901/03 % | 1901/03 1907/09 % | von 1895/97 bis 1901/03 % | 1901/03 1907/09 % | von 1895/97 bis 1901/03 % | 1901/03 1907/09 % | von 1895/97 bis 1901/03 % | 1901/03 1907/09 % | von 1895/97 bis 1901/03 % | 1901/03 1907/09 % | | von 1895/97 bis 1901/03 % | 1901/03 1907/09 % |
| 15 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 |
| Königsberg | 29 | 51 | 34 | 30 | 24 | 18 | — | — | — | — | 7 931 | 31 | 34 |
| Allenstein | 40 | 40 | 22 | 34 | 32 | 0 | — | — | — | — | 11 875 | 35 | 38 |
| Gumbinnen | 39 | 38 | 27 | 17 | 17 | 28 | 3 | 17 | — | — | 10 970 | 30 | 27 |
| Danzig | 18 | 50 | 25 | 52 | 11 | 32 | 14 | 35 | — | — | 3 272 | 19 | 49 |
| Marienwerder | 24 | 55 | 15 | 39 | 21 | 34 | 32* | 1 | — | — | 10 540 | 21 | 45 |
| Potsdam | 26 | 9 | 18 | 8 | 11 | 7 | 0 | 15 | — | — | 27 128 | 19 | 9 |
| Frankfurt | 11 | 25 | 10 | 10 | 5 | 6 | —6 | 3 | — | — | 33 585 | 8 | 13 |
| Stettin | 8 | 15 | 9 | 11 | 4 | 5 | —3 | —6 | — | — | 12 108 | 7 | 10 |
| Köslin | 26 | 29 | 20 | 22 | 16 | 14 | —3 | 6 | — | — | 15 543 | 21 | 23 |
| Stralsund | —27 | 29 | —8 | 37 | 0 | 18 | —18 | 36 | — | — | 2 222 | —9 | 28 |
| Posen | 36 | 35 | 36 | 35 | 34 | 27 | — | — | — | — | 21 266 | 36 | 34 |
| Bromberg | 30 | 51 | 29 | 39 | 14 | 22 | —7 | 11 | — | — | 10 991 | 25 | 40 |
| Breslau | 22 | 17 | 0 | 21 | 5 | 11 | 1 | 10 | — | — | 16 888 | 3 | 15 |
| Liegnitz | —1 | 32 | 5 | 9 | —6 | 12 | —3 | 6 | — | — | 17 485 | —1 | 13 |
| Oppeln | 9 | 43 | 13 | 27 | 8 | 13 | 4 | 12 | — | — | 29 000 | 10 | 24 |
| Magdeburg Nord | 1 | 16 | —4 | 20 | —1 | 17 | 4 | 14 | — | — | 17 204 | 2 | 18 |
| Magdeburg Süd | — | — | — | 0 | —9 | 6 | 0 | 4 | —4 | 7 | 9 151 | —2 | 5 |
| Merseburg | 18 | 26 | —8 | 18 | —14 | 20 | —5 | 8 | —4 | 13 | 13 208 | —7 | 14 |
| Erfurt | 13 | —1 | 1 | 13 | —1 | 16 | —1 | 21 | 6 | 9 | 17 142 | —1 | 17 |
| Schleswig | 24 | 36 | 16 | 28 | 13 | 11 | 7 | 15 | 4 | 15 | 28 973 | —1 | 21 |
| Hannover | 7 | 43 | 6 | 18 | 4 | 13 | 3 | 9 | — | — | 11 775 | 5 | 22 |

(aus Brentano: Die deutschen Getreidezölle, 2. Auflage S. 115)
Die Belastung des Steuerzahlers durch die Zölle auf Roggen, Weizen, Gerste und Hafer.

| Jahr | Bevölkerung*) des deutschen Zollgebietes um die Mitte des Jahres | Davon kauffähigen Getreide, d. h. Personen | Getreideart | Verfügbar**) für den Verbrauch | pro Kopf der Bevölkerung kg | Davon wurden ge- deckt zu Prozent vom Aus- land | In- land | Zollsatz p. Tonne | Gesamtbetrag der Versteuerung für die kauffähige Bevölkerung (Zollsatz \times 0,81 von Spalte 5) | Davon in die Reichskasse | Taschen Privater | Belastung pro Kopf der Getreide-Bevölkerung zugunsten Privater | |
|------|--|--|--|---|--|---|---|----------------------------|--|---|---|--|--------------------------------------|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |
| 1907 | 62 318 000 | 50 477 580 | Roggen Weizen Brauergerste andere Gerste Hafer | 8 844 040 5 815 236 1 823 923,4 3 890 408,2 7 786 414 | 143,5 94,4 29 62,4 126,3 | 2,9 33,4 29 46,0 0,4 | 97,1 66,6 76,7 54,0 99,6 | 50 55 40 13 50 | 358 183 620 258 903 370 59 095 118,1 40 965 998,3 315 350 767 | 10 387 314 86 573 725 13 769 162 18 844 359 1 261 403 | 347 796 306 172 329 645 45 325 956 22 121 639 314 089 364 | 0,20 1,71 0,27 0,37 0,02 | 6,89 3,41 0,90 0,44 6,22 |
| | | | Zusammen | 1 032 498 873 | 130 835 963 | 901 662 910 | 2,57 | 17,86 | | | | | |
| 1908 | 63 219 000 | 51 207 390 | Roggen Weizen Brauergerste andere Gerste Hafer | 8 902 180 5 674 155 1 735 361,2 3 400 297,4 8 222 131 | 142,4 90,7 27,4 53,8 131,5 | 1,9 39,8 20,7 50,5 0,0 | 98,1 60,2 79,3 49,5 100,0 | 50 55 40 13 50 | 360 538 290 252 783 605 56 225 702,9 35 805 131,6 332 996 305 | 6 850 227 100 607 874 11 638 720 18 081 591 332 996 305 | 353 688 063 152 175 731 44 586 982 17 723 540 332 996 305 | 0,13 1,96 0,23 0,35 0,10 | 6,90 2,97 0,86 0,34 6,50 |
| | | | Zusammen | 1 038 349 434 | 137 178 412 | 901 170 621 | 2,68 | 17,59 | | | | | |
| 1909 | 64 126 000 | 51 942 066 | Roggen Weizen Brauergerste andere Gerste Hafer | 8 961 665 5 300 319 1 622 577,4 4 508 420,3 7 144 692 | 141,3 83,6 25,3 70,3 112,6 | 0,0 29,9 15,08 53,02 1,9 | 100,0 70,1 84,92 46,98 98,1 | 50 55 40 13 50 | 362 947 432 236 129 190 52 571 507,7 47 473 665,7 289 360 000 | — 70 602 628 7 927 783 25 170 537 5 297 840 | 362 947 432 165 526 562 44 643 724 22 303 120 284 062 100 | — 1,36 0,15 0,48 0,10 | 6,99 3,19 0,84 0,43 5,47 |
| | | | Zusammen | 988 481 795 | 108 998 788 | 879 483 006 | 2,10 | 16,93 | | | | | |

Zusammen in den 3 Jahren 1907—1909 3 059 329 702 377 013 163 2682316 5377,36 52,38
 Im Durchschnitt der 3 Jahre 1907—1909 1 019 776 567 125 671 054 894 105 512 2,45 17,46

*) Vgl. Statist. Jahrb. für das Deutsche Reich 1910, S. 2. **) Vgl. Vierteljahrshefte z. Statistik d. Deutschl. Reichs 1910, I, 87.



3175 II

Leonhard Simion Nf., Verlagsbuchhandlung
Berlin SW 48, Wilhelmstraße 121.

Soeben sind in unserem Verlag erschienen:

Die wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit
Joseph Chamberlains

Ein historischer Entwicklungsversuch

Von

Waldtraut Schubart

8° 364 Seiten. Preis broschiert M. 5,—, gebunden M. 6,—

**Zur Reform des preußischen Einkommen-
und Ergänzungssteuergesetzes**

Von

Hermann Schöler

8° 103 Seiten. Preis broschiert M. 1,80

Schölers Schrift läßt alle schwebenden Fragen, insbesondere der Veranlagungsreform, im wesentlichen unerörtert und geht ausschließlich aufs Ganze: die Tarifgestaltung. Nur eine Ausnahme macht er von dieser Regel. Er erklärt gute Finanzen ohne gute Finanzverfassung für unmöglich und tritt daher im ersten Kapitel mit Lebhaftigkeit für bewegliche Gestaltung des Steuerwesens ein, wobei er gegen die Abgeordnetenhausrede des Herrn Finanzministers vom 24. Februar 1911 polemisiert. Für seine übrigen Reformvorschläge gewinnt er die Basis in einer Untersuchung über die jetzt geltende Verteilung der Steuerlast. Seine Vorschläge dürften beachtlich gefunden werden, denn seine Darlegungen und Beweisführungen sind sehr instruktiv und auf reiches Material gestützt. Auch wer dem Verfasser nicht in allen Hinsichten folgen kann, wird sein lehrreiches Buch mit großem Gewinn lesen.

Soeben ist in unserem Verlag erschienen:

Der Zukunftsstaat des Liberalismus

Von

Carl Wigand und **Heinrich Ludolf**

8^o 50 Seiten. Preis M. 1.—

Inhaltsübersicht.

1. Kapitel: **Im Lande der Schlaraffen.**
2. Kapitel: **Der tatsächliche Verlauf der Volkswirtschaft in der Neuzeit:** Im Mittelalter — Der Merkantilismus — Das Gebrechen der liberalen Zeit — Strömungen über den Liberalismus hinaus.
3. Kapitel: **Betrachtung der liberalen Volkswirtschaft:** Freiheit in der Bevölkerungszahl — Ausländische Politik: Freihandel — Inländische Politik: Gewerbefreiheit.
4. Kapitel: **Der Zukunftsstaat:** Äußere Politik: Freihandel und Weltfriede — Innere Politik: Erbschaftsverstaatlichung.